

## Beschluss (vorläufig) Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 17.02.2026  
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 5 des Landeswahlprogramms (Familie, Bildung, Ausbildung, Studium, Gesundheit, Drogen, Pflege, Senior\*innen)

Berlin ist für alle da. Vom ersten Atemzug bis ins hohe Alter. Eine Stadt, die Kinder stark macht, jungen Menschen Chancen eröffnet und Älteren Selbstbestimmung ermöglicht. Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, das für alle Generationen und unabhängig von Einkommen oder Herkunft gut funktioniert: gerecht, fürsorglich, inklusiv und zukunftsorientiert. Denn das Leben in Berlin ist vielfältig, bunt und oft herausfordernd und verdient Strukturen, auf die wir uns verlassen können.

Für uns heißt das auch: Jede Leistung muss diskriminierungsfrei erreichbar sein – unabhängig von Sprache, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Behinderung oder Geldbeutel. Denn eine Stadt, die niemanden zurücklässt, muss gerade dort funktionieren, wo Menschen Unterstützung am dringendsten brauchen.

Deshalb setzen wir auf starke Unterstützung von Anfang an. Mit passgenauer Familienförderung, guter frühkindlicher Bildung, besten Chancen in der Schule und echter Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche. Familien sollen sich auf diese Stadt verlassen können: mit unterstützender Betreuung, Beratung und Freizeitangeboten, die für alle gut zugänglich sind. Jungen Erwachsenen wollen wir Perspektiven eröffnen – mit starken Hochschulen, angeleiteter Berufsorientierung, fairen Ausbildungsbedingungen und bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Azubis. Ein Berlin, das Kinder fördert, Familien stärkt und junge Menschen ernst nimmt, legt das Fundament für eine solidarische und gerechte Stadtgesellschaft.

Doch Verantwortung endet nicht mit dem Schulabschluss. Ein gutes Leben in Berlin bedeutet auch, gesund zu bleiben, gut versorgt zu sein, wenn Pflege nötig ist und selbstbestimmt alt zu werden. Wir machen Berlin zur altersfreundlichen und inklusiven Stadt, in der niemand übersehen wird: mit sicheren Wegen, barrierefreien Wohnungen und Orten der Begegnung. So entsteht ein Berlin, das zusammenhält – ein Leben lang.

### 5.1. Familienfreundliches Berlin – gut versorgt, von Beginn an

Gerechtigkeit beginnt in der Familie. Nur wenn Kinder und Jugendliche von Beginn an optimal gefördert werden, können sie ihr Potenzial voll entfalten. Damit Kinder sich gut entwickeln können, brauchen sie Stabilität und Kontinuität. Deshalb arbeiten wir Bündnisgrüne an einer Stadt, die jungen Familien in allen Lebenslagen den Rücken stärkt. Dabei unterstützen wir alle Familien – ob verheiratet oder verpartnert, getrennt oder alleinerziehend oder Regenbogenfamilie: Familie ist da, wo Menschen generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen. Und wir stehen an ihrer Seite!

Bisher sind Eltern viel zu sehr in der Holschuld: bei der Beantragung des Elterngelds, des Kita- oder Hortgutscheins, bei der Suche nach einer wohnortnahen kinderärztlichen Versorgung oder bei der Recherche nach passgenauen Unterstützungsangeboten. Das wollen wir ändern und Unterstützungs- und Beratungsangebote direkt zu den Familien bringen und sicherstellen, dass sie frühzeitig auch von allen genutzt werden können. Damit stellen wir sicher, dass Kinder,

39 Jugendliche und ihre Familien einkommensunabhängig gefördert werden können und Familien in  
40 Krisensituationen schnell Hilfe bekommen.

41 Wir Grüne sind der Überzeugung, dass junge Menschen eine starke Stimme haben. Deshalb setzen  
42 wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche diese Stimme erheben und Mitbestimmung auf  
43 Augenhöhe erleben können.

44 Gleichzeitig ermöglichen wir auch jungen Menschen mit besonderen Bedarfen die Teilhabe an  
45 unserer Gesellschaft: Wir setzen uns unter anderem für die verlässliche Unterstützung  
46 unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter und für bessere Angebote in der  
47 Gesundheitsförderung psychisch erkrankter und neurodivergenter Kinder und Jugendlicher ein.  
48 Wir setzen uns für ein umfassendes Angebot von Winterspielplätzen ein, damit auch  
49 einkommensschwache Familien ihren Kindern im Winter Bewegung, Spiel und Begegnung  
50 ermöglichen können. Dafür stärken wir die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern, Schulen und  
51 Sportvereinen, um verlässliche Angebote und Betreuung sicherzustellen.

52 Wir wissen: Berliner Familien stehen oft unter enormem Druck. Gleichzeitig führen die  
53 massiven Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienarbeit dazu, dass es immer schwerer  
54 sein wird, dringend notwendige Unterstützung zu finden. Die Qualität frühkindlicher  
55 Bildungsangebote reicht trotz des Ausbaus der letzten Jahre noch immer nicht aus, um allen  
56 Kindern die gleichen Startchancen ins Leben zu bieten. Kinder und Jugendliche brauchen  
57 Räume, in denen sie sich entfalten können. Kürzungen bei Frei- und Erlebnisräumen, wie  
58 Spielplätzen, Familienzentren oder Jugendfreizeiteinrichtungen, sind nicht hinnehmbar und  
59 gefährden die Zukunft unserer Stadtgesellschaft. Deshalb ist auch in Zeiten knapper Kassen  
60 für uns klar: Berlin kann es sich nicht leisten, das große Potenzial zu verlieren, das die  
61 nächste Generation in sich trägt. Wir Bündnisgrüne wollen eine Stadt, die dafür sorgt, dass  
62 Familien und junge Menschen gestärkt durchs Leben gehen – von Beginn an.

63 Wir werden die Fehler der 1990er und 2000er nicht wiederholen. Das bedeutet die Angebote für  
64 Kinder und Jugendliche zu sichern und organisierte Rechte Kader aus Jugendclubs  
65 rauszuhalten.

66 Familienberatung ohne Hürden ermöglichen

67 In Familien werden die Grundlagen für das Leben der Kinder gelegt. Weil die ersten  
68 Lebensmonate dabei die Weichen entscheidend stellen, werden wir Eltern hier gezielt Hilfe  
69 zukommen lassen, indem wir aufsuchende und unterstützende Angebote für Eltern und Kind vor,  
70 um und nach der Geburt stärken. Dafür wollen wir Familienförderung und Beratungsangebote  
71 niedrigschwellig und breiter zugänglich machen, indem sie mehrsprachig, barrierefrei und  
72 ohne Angst erreichbar sind. Damit psychisch belasteten Eltern frühzeitig passgenaue  
73 Unterstützung angeboten werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass das Bundesprogramm  
74 UplusE weitergeführt und ausgebaut wird. Darüber hinaus möchten wir die frühen Hilfen  
75 einfacher erreichbar machen und entsprechende Programme fördern, denn sie sind ein  
76 unverzichtbares Angebot für belastete Familien.

77 Wenn Menschen Eltern werden, wollen sie das Beste für ihr Kind. Sollten die Umstände jedoch  
78 dafür sorgen, dass Kinder nicht die besten Startbedingungen haben, muss Hilfe für alle  
79 Familien dauerhaft niedrigschwellig zugänglich sein. Deshalb wollen wir den wohnortnahen  
80 Ausbau der Familienservicebüros weiterentwickeln und die Familienservicebüros so aufstellen,  
81 dass Eltern dort nicht nur Hilfe bei der Kitaplatzsuche und bei Behördengängen oder dem  
82 Ausfüllen wichtiger Anträge erhalten, sondern auch eine psychosoziale Beratung in Anspruch  
83 nehmen können. Unterstützung kommt dann besonders gut an, wenn sie dort angeboten wird, wo  
84 Familien sich ohnehin aufhalten. Deshalb wollen wir an Kitas angedockte Familienzentren und

85 die Kitasozialarbeit ausbauen. Dabei nehmen wir insbesondere auch die Unterstützung  
86 Alleinerziehender in den Blick.

87 Zugang zu Kitaplätzen vereinfachen

88 Damit alle Familien einen unkomplizierten Zugang zu Kitas haben, vereinfachen wir den  
89 Anmeldeprozess: In Zukunft sollen alle Familien zum ersten Geburtstag ihres Kindes  
90 automatisch einen Kitagutschein mit mehrsprachigem Begleitbrief erhalten. Ein beiliegender  
91 QR-Code führt direkt zu wohnortnahen Beratungsangeboten und Terminen zu Kitaplatzvermittlung  
92 und Beratungen – so werden Informationen und Zugänge leicht verständlich und für alle real  
93 nutzbar. Die Vergabe der Plätze muss transparent und diskriminierungsfrei erfolgen.

94 Kita als bedeutsamen Lern- und Lebensraum begreifen

95 Die Kita stellt in unserem Verständnis mehr als nur eine Betreuungseinrichtung dar – sie  
96 ist, gemeinsam mit der Familie, ein wichtiger Erfahrungs- und Lebensraum für unsere Kinder.  
97 Dabei kommt dem freien Spiel eine besondere Bedeutung zu, da es Kreativität, Problemlösung,  
98 soziale Kompetenzen, Selbstvertrauen, Frustrationstoleranz und Eigeninitiative fördert. Ein  
99 breites Bildungsverständnis zeigt sich darin, dass Bildung als ganzheitlicher Prozess  
100 verstanden wird, der jedem Kind in seiner Einzigartigkeit begegnet. Damit werden Kinder auch  
101 für den Schulbesuch gestärkt und gut vorbereitet. Das muss sich auch in der Umsetzung des  
102 inhaltlichen Fundaments des Berliner Kitasystems, dem Berliner Bildungsprogramm,  
103 widerspiegeln. Pädagogische Fachkräfte sollen ihren vielfältigen, verantwortungsvollen  
104 Aufgaben bestmöglich nachkommen können. Deshalb wollen wir den Betreuungsschlüssel in Kitas  
105 weiter verbessern.

106 Auch die Sprachbildung in Kitas wollen wir weiter ausbauen, damit alle Kinder gut ins Leben  
107 starten können. Das heißt zum einen, dass auch ersprachliche Kompetenzen bei Kindern,  
108 deren Erstsprache nicht Deutsch ist, besser gefördert werden müssen und sprachliche Vielfalt  
109 als Gewinn wertgeschätzt wird. Dies umfasst sowohl Laut- als auch Gebärdensprachen sowie  
110 behinderungsbedingt erforderliche alternative Kommunikationsformen. Zum anderen bedeutet es,  
111 dass Kinder, deren Kompetenzen in der deutschen Sprache nicht ausreichend entwickelt sind,  
112 um nach der Einschulung dem Unterricht folgen zu können, frühzeitig besser unterstützt  
113 werden müssen. Nach Hamburger Vorbild wollen wir deshalb nach der Sprachstandserhebung bei  
114 Vierjährigen verbindlich entsprechende Förderangebote implementieren. Dabei spielt auch die  
115 gemeinsame Sprachbildung in Kita und Familie eine entscheidende Rolle. Sie schafft eine  
116 Bildungspartner\*innenschaft, die auf Wertschätzung basiert und Kinder durch alltägliche  
117 Aktivitäten fördert. Dafür wollen wir Angebote der alltagsintegrierten Sprach- und  
118 Familienbildung stärken und ausbauen. Fachkräfte aus dem ehemaligen Programm Sprachkitas  
119 sollen in Berliner Kitas ihre erworbene Expertise weiter anwenden und weitergeben können.  
120 Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote zur Sprachkräften sollen implementiert und  
121 bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit besonders Kinder mit festgestelltem hohen  
122 Sprachunterstützungsbedarf passgenau gefördert werden können.

123 Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen unterstützen

124 Besonders junge Menschen in schwierigen Lebenslagen benötigen verlässliche Unterstützung, um  
125 gut aufwachsen zu können. Dort, wo Eltern diese Unterstützung nicht leisten können oder sie  
126 nicht ausreicht, ist der Staat in der Pflicht. Dafür wollen wir die schulische Situation von  
127 psychisch erkrankten und neurodivergenten jungen Menschen verbessern, indem wir u. a.  
128 Angebote der schulischen Rehabilitation ausbauen und Hilfen zur Erziehung, ambulante

129 Psychiatrie und Schule an Standorten miteinander verknüpfen, wie es in der Praxis bereits  
 130 gelingt. Berlin braucht weiterhin eine Qualifizierungsoffensive für alle pädagogischen  
 131 Fachkräfte an Kitas und Schulen, um diese Kinder und Jugendlichen in den Regelsystemen viel  
 132 besser unterstützen zu können. Sie haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe, davon dürfen  
 133 sie in Berlin nicht weiter ausgeschlossen werden. Für intensivversorgungsbedürftige Kinder  
 134 und Jugendliche wollen wir endlich in Berlin ein Kurzzeitwohnen entwickeln und umsetzen.

135 Für unbegleitete Minderjährige bieten ehrenamtliche Vormünder Schutz und Orientierung. Wir  
 136 wollen sie deshalb durch eine finanzielle Förderung stärken und mit einer Kampagne mehr  
 137 ehrenamtliche Vormünder gewinnen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit, um  
 138 hier anzukommen. Dafür benötigen sie schnellstmöglich ein stabiles Wohnumfeld und die  
 139 Integration in Kita und Schule. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass geflüchtete Kinder  
 140 und Jugendliche möglichst nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

#### 141 Kindeswohl und Kinderschutz in den Mittelpunkt stellen

142 In familiengerichtlichen Verfahren steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Damit dies immer  
 143 gewährleistet ist, wollen wir entsprechende Fortbildungen für Richter\*innen und  
 144 Verfahrensbeistand\*innen gesetzlich verankern. Gerade in Bezug auf die Anhörung von  
 145 minderjährigen Kindern brauchen Familienrichter\*innen nicht nur juristische, sondern auch  
 146 qualifizierte pädagogische und psychologische Kenntnisse. Wenn ein Elternteil gegen den  
 147 anderen Elternteil gewalttätig ist, ist dies immer auch eine Belastung für das Kind und muss  
 148 deshalb in familiengerichtlichen Verfahren berücksichtigt werden.

149 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass in allen Einrichtungen, in denen Kinder und  
 150 Jugendliche sich aufhalten, Kinderschutzstandards verlässlich implementiert werden, und  
 151 wollen Kinderschutzberatungsstellen gesetzlich verankern, damit sie in Zukunft nicht mehr  
 152 zuwendungsfinanziert und damit abhängig von der aktuellen Haushaltslage sind – denn für uns  
 153 ist klar: Kinderschutz muss immer und überall gewährleistet sein.

154

155 Um Betroffenen sexualisierter Gewalt – im institutionellen wie im familiären Rahmen –  
 156 sowohl einen Raum zur Aufarbeitung zu bieten, als auch um über Präventionsmaßnahmen zu  
 157 sprechen, prüfen wir die Einrichtung eines Betroffenenrats auf Landesebene. Wichtig ist uns  
 158 dabei, dass die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen im Mittelpunkt stehen.

#### 159 Jungen Menschen eine Stimme geben

160 Eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche gut aufwachsen können, bedeutet auch Raum zu  
 161 bieten für echte Mitbestimmung. Deshalb soll ganz Berlin zur "Kinderfreundlichen Kommune"  
 162 werden. Wir wollen, dass unsere Kinder echte Beteiligungserfahrungen sammeln – sei es in  
 163 strukturell verankerten Kinder- und Jugendgremien, bei Bauprojekten im Stadtteil oder in  
 164 Klimaschutzinitiativen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für Stimm- und  
 165 Antragsrechte von Kinder- und Jugendgremien in allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen  
 166 durch die Festschreibung dieser im Bezirksverwaltungsgesetz. Wir setzen uns auch weiterhin  
 167 für die Etablierung altersgerechter, inklusiver sowie pädagogisch begleiteter  
 168 Beteiligungsformate ein, in denen Kinder und Jugendliche ihre Perspektive in die Gestaltung  
 169 ihres direkten Lebensumfeldes miteinbringen können, z. B. bei der Ausstattung von  
 170 Spielplätzen, bei Maßnahmen der Verkehrssicherheit oder der Pflanzung von Stadtbäumen. Die  
 171 Kinderrechte der UN-Kinderrechtskonvention wollen wir in der Verfassung Berlins, im  
 172 Bezirksverwaltungsgesetz und in der frühkindlichen Bildung verankern.

173 Wir sorgen dafür, dass die gesetzlich verankerten Klassenräte auch in allen Schulen und  
 174 Klassen verbindlich umgesetzt werden und achten darauf, dass auch Schüler\*innen in  
 175 Willkommensklassen von Beginn an die gleichen demokratischen Rechte wahrnehmen können wie  
 176 alle Schüler\*innen.

## 177 5.2. Gerechte Bildungschancen – Schule neu denken

178 Gute Bildung schafft gleiche Chancen – für eine gerechte Gesellschaft, in der alle jungen  
 179 Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt zu lernen, kreativ mitzudenken und die  
 180 Gesellschaft nachhaltig zu gestalten. Wir lassen kein Kind zurück. Dazu braucht es ein  
 181 Bildungssystem, das das Recht auf inklusive Bildung umsetzt und Kinder und Jugendliche stark  
 182 macht für die Welt von morgen. Und es braucht gute Schulen mit starkem Personal, das für die  
 183 Herausforderungen des Alltags gewappnet ist.

184 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, in dem Kinder sich wohlfühlen und ohne Stress lange  
 185 gemeinsam lernen, ihre sprachliche Vielfalt als Stärke begreifen und ein demokratisches  
 186 Miteinander auf Augenhöhe gelebt wird. Dabei fördern wir neben Fachkompetenzen wie Deutsch,  
 187 Geschichte und Mathematik auch Zukunftskompetenzen wie Selbstorganisation, Kreativität und  
 188 kritisches Denken. Die Realität sieht leider anders aus: Inklusion wird zurückgedreht,  
 189 Gemeinschaftsschulen werden alleingelassen und die soziale Ungleichheit verschärft sich.

190 Gleichzeitig rechnet der Senat den gravierenden Lehrkräftemangel schön. Neue Schulen werden  
 191 zwar gebaut, auffällige Gebäude jedoch nicht schnell genug saniert. Dazu kommen überfüllte  
 192 Klassen, chronisch überlastetes Personal und Stress bei Kindern und Familien, der sich auf  
 193 die psychische Gesundheit auswirkt. Außerschulische Lernorte werden vernachlässigt und  
 194 kaputtgespart, Bildungsprojekte mit Ideologievorwürfen verunglimpft und abgewickelt.  
 195 Diskriminierung verhindert Teilhabe und Beschwerdestrukturen funktionieren nicht.

196 Wir Grüne ducken uns vor diesen Herausforderungen nicht weg, wie es der aktuelle Senat tut,  
 197 sondern wir gehen sie an. Dafür investieren wir in multiprofessionelle Teams, die zusätzlich  
 198 zur Lehrkräfteausstattung an die Schulen kommen, in echte Inklusion, nachhaltige  
 199 Schulgebäude und moderne Lernkonzepte. Um das Recht auf inklusive Bildung nach Artikel 24  
 200 der UN-Behindertenrechtskonvention zu garantieren, erstellen wir einen verbindlichen  
 201 Umsetzungsplan, der gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen entwickelt wird. Wir gehen den  
 202 Lehrkräftemangel an und entlasten das schulische Personal auch in schwierigen Zeiten. Wir  
 203 stellen sicher, dass Ressourcen für individuelle und sonderpädagogische Förderung an  
 204 denjenigen Schulen ankommen, die diese am meisten benötigen, und machen die vom aktuellen  
 205 Senat eingeführte Verteilung per Gießkanne wieder rückgängig. Wir sichern kulturelle und  
 206 demokratische Bildung und treten Diskriminierung entgegen. Wir unterstützen  
 207 Gemeinschaftsschulen besser und verdoppeln ihre Zahl, um mehr Raum für gemeinsames,  
 208 inklusives Lernen zu ermöglichen und Kindern und Familien den Stress rund um den Übergang  
 209 von Grund- zu Oberschule zu ersparen.

210  
 211 Die regionalen Schulaufsichten strukturieren wir sozialräumlich, setzen auf eine  
 212 vertrauensbasierte Steuerung und unterstützen sie in der Wahrnehmung ihrer unterstützenden  
 213 und beratenden Rolle durch externe Prozessbegleitungen.  
 214 Dadurch verbessern wir die Vernetzung der Schulen untereinander und mit den  
 215 Unterstützungsstrukturen der Bezirke.

216 Denn unser Ziel ist klar: Berlin braucht ein starkes Bildungssystem, das allen Kindern und  
 217 Jugendlichen gleiche und gute Chancen bietet und sie gut auf ihr Leben vorbereitet.

218 Mit der Schule für morgen Bildungsgerechtigkeit schaffen

219 Die preisgekrönten Schulen dieser Stadt zeigen, dass Berlin auch anders kann:  
 220 Bildungseinrichtungen, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Voraussetzungen  
 221 – auch datengestützt – individuell gefördert werden und ihre Stärken ohne Druck ausbauen.  
 222 Denn Studien zeigen immer wieder: Das Wohlbefinden der Lernenden ist eine  
 223 Grundvoraussetzung, um erfolgreiches Lernen zu ermöglichen.

224 Wir Grüne wollen die Erkenntnisse und Erfahrungen der preisgekrönten Schulen nutzen, um alle  
 225 Schulen so fortzuentwickeln, dass in ihnen nicht nur wichtige Grundlagen wie Lesen,  
 226 Schreiben und Rechnen, sondern Bildung für nachhaltige Entwicklung und damit das soziale  
 227 Lernen und Zukunftskompetenzen allen Kindern erfolgreich vermittelt werden. Kinder und  
 228 Jugendliche brauchen beides, um in einer sich schnell verändernden Welt auch in Zukunft  
 229 erfolgreich leben zu können. Auch Demokratiebildung spielt hier eine wichtige Rolle, zu der  
 230 auch die verbindliche Vermittlung deutscher Zeitgeschichte, der deutschen Teilung und der  
 231 DDR-Geschichte gehört.

232 Zu einer modernen Pädagogik gehört perspektivisch auch der Übergang zu zeitgemäßen  
 233 Prüfungsformaten und kompetenzbasiertem Lernfeedback statt Ziffernoten. Dabei überprüfen wir  
 234 die Auswirkungen von Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung wissenschaftlich und  
 235 setzen uns für eine evidenzbasierte Schulpolitik ohne Verengung des Bildungsbegriffs ein,  
 236 die die notwendige Anzahl von Vergleichsarbeiten und Prüfungsleistungen evaluiert. Um zu  
 237 überprüfen, wie diese Ziele erreicht werden können, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie  
 238 Schulqualität partizipativ entwickelt werden. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der  
 239 Qualität der Abschlüsse liegen und die Zahl der Schulabgänger\*innen ohne Abschlusss deutlich  
 240 gesenkt werden.

241 Wir stärken die Gemeinschaftsschulen als Orte gemeinsamen Lernens und verdoppeln ihre Zahl  
 242 berlinweit, um in allen Bezirken weitere gute Gemeinschaftsschulen zu haben. Wir wollen das  
 243 Projekt "Familienzentren an Grundschulen" verstetigen, und so sicherstellen, dass Beratung,  
 244 Beteiligung und Unterstützung von Familien in besonderen Lebenslagen niedrigschwellig  
 245 zugänglich ist, um nachhaltig Bildungs- und Teilhabechancen zu stärken. Diverse Studien  
 246 belegen: Langes gemeinsames Lernen steigert nicht nur das Leistungsniveau, sondern reduziert  
 247 auch Bildungsungleichheit. Deshalb setzen wir uns auch an Grundschulen weiter für langes  
 248 gemeinsames Lernen ein und stärken zudem ihre Klassen 5 und 6. Den Übergang auf die  
 249 Oberschule werden wir reformieren und gerechter gestalten, sodass Schüler\*innen der 4., 5.  
 250 und 6. Klassen mit weniger Druck zur Schule gehen können.

251 Perspektiven für alle Jugendlichen schaffen

252 In Berlin verlassen derzeit mehr als 8 Prozent der Schüler\*innen die Schule ohne Abschluss,  
 253 über 16 Prozent finden trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz. Dabei ist doch klar: Wir  
 254 können es uns nicht leisten, Jugendliche zu verlieren! Deshalb legen wir ein besonderes  
 255 Augenmerk auf Jugendliche am Ende ihrer Schullaufbahn: Wer nach zehn Schuljahren keinen  
 256 Abschluss hat oder trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz, wird in einem Perspektivenjahr  
 257 gefördert. Gleichzeitig wollen wir unsere Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild so  
 258 weiterentwickeln, dass jede\*r Jugendliche eine optimale und passgenaue Förderung bekommt.

259 Auch auf dem Weg zum Schulabschluss wollen wir Bündnisgrüne Kinder und Jugendliche  
 260 bestmöglich unterstützen. Wir wollen, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule  
 261 zur Selbstverständlichkeit werden. Für uns darf das Recht auf Bildung und Teilhabe am  
 262 sozialen Leben nicht am Schulweg scheitern. Deshalb übernehmen wir die Transportkosten für

alle Kinder mit Beeinträchtigungen, die für den Weg zur Schule auf einen Fahrdienst angewiesen sind, sowohl in den Schul- wie auch in den Ferienzeiten. Gleichzeitig unterstützen wir Schulen durch ausreichend personelle wie sachliche Ausstattung sowie Fortbildung und Beratung, damit Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen überall in Berlin inklusiv beschult werden können. Statt neuer Förderschulen schaffen wir inklusive Schwerpunktschulen, um die steigenden Bedarfe, insbesondere von neurodiversen Schüler\*innen, zu decken. Mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder Erkrankungen werden in der Stadt kaum oder gar nicht beschult; ihre Zahl ist aufgrund vieler Erkrankungen mit Long-COVID und ME/CFS in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die schwarz-rote Koalition überlässt diese Kinder und ihre Familien sich selbst, sie erfüllt ihre Verpflichtung nicht, ihnen eine Beschulung zu ermöglichen. Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Bildung. Schnellstmöglich braucht es einer inklusiven Fachkräftefort- und Ausbildungsinitiative, rechtskreisübergreifender Bildungs- und Hilfeplanung, notwendiger Rechtsänderungen, damit etwa auch eine Onlinebeschulung möglich ist, wenn in Einzelfall ein Kind die Schule vor Ort nicht besuchen kann. Die Fachkräfte müssen fair bezahlt werden. Der Bildungsbereich, die Jugendhilfe, der Gesundheitsbereich und andere Rehaträger müssen eng zusammenarbeiten, damit jedem Kind und jedem Jugendlichen ein gutes Angebot gemacht werden kann und Familien und Bezugspersonen entlastet werden. Dazu gehört ein entsprechendes Betreuungsangebot in den Ferien und bei Bedarf die Übernahme der Transportkosten. Senat, Bezirke und Träger müssen eng und vernetzt unter Einbeziehung der Betroffenen zusammenarbeiten, die UN-Behindertenrechtskonvention und Kinderrechtskonvention müssen endlich in Berlin umgesetzt werden.

Zu fairen Chancen für alle gehört auch, dass die Eigenbeteiligung an Lernmitteln keine finanzielle Hürde sein darf. Deshalb werden wir prüfen, inwiefern die bestehenden Regelungen zur Eigenbeteiligung verändert werden müssen.

Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch private Schulen in Berlin einen wichtigen Beitrag. Für uns ist klar: jedes Kind muss die Möglichkeit haben, vom gesamten Angebot der Berliner Schulen profitieren zu können. Die Privatschulen öffnen wir entsprechend des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbot weiter für alle Kinder, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern. Ihre Finanzierung soll zukünftig stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Das bedeutet konkret, dass Privatschulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Privatschulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Privatschulen sich auch weiterhin an der Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen beteiligen.

Schulen breit und zukunftssicher aufstellen

Um den steigenden Anforderungen an Schulen in der Gestaltung des Schulalltags gerecht zu werden ist eine gut aufgestellte Schulsozialarbeit unabdingbar. Wir wollen die Anzahl der Schulsozialarbeiter\*innen erhöhen, um das an Schulen benötigte Personal zur Abdeckung der psychosozialen Unterstützungsstrukturen abzusichern. Die Schulsozialarbeit als wichtiges Fundament in der Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen und dem Abbau von sozialen Benachteiligungen soll auch an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie Förderzentren weiter ausgebaut werden. Wir wollen die Schulstationen an allen Berliner Schulen ausbauen und die vorhandenen absichern und dadurch dauerhaft in der bestehenden Qualität erhalten.

Wir wollen Schulen so ausstatten, dass alle Kinder von klein auf die Fähigkeiten entwickeln, sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in einer komplexen Informationswelt zu bewegen. Um Jugendlichen gezielt auf die digitalisierte Welt vorzubereiten, fordern wir die curriculare Integration der Kompetenzen der Informatik und Medienbildung verpflichtend ab der 1. Klasse in allen Schulformen. Jugendliche müssen ein grundlegendes Verständnis von Algorithmen und künstlicher Intelligenz ebenso erwerben, wie den souveränen und kritischen Umgang mit digitalen Medien.

Für eine moderne, resiliente digitale Bildung bauen wir die Medienkompetenzzentren aus und etablieren Medienteams an jeder Schule. Diese unterstützen Lehrkräfte und Schüler\*innen dabei, Desinformation zu erkennen, Quellen kritisch zu prüfen und Algorithmen sowie KI-Anwendungen zu verstehen. Medien- und Informationskompetenz sowie Medienresilienz verankern wir dabei nach internationalem Vorbild integrativ und fächerübergreifend in der verbindlichen Umsetzung der Rahmenlehrpläne – von der Analyse manipulierter Bilder im Kunstunterricht bis hin zur Reflexion sprachlicher Manipulation und statistischer Verzerrungen.

Wir teilen die Sorgen über den steigenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Deshalb unterstützen wir Einschränkungen der privaten Handynutzung, wo diese von der jeweiligen Schule für die beste Lösung gehalten werden.

Um Schüler\*innen zu ermöglichen, ihre Kritik zu äußern, und Lehrkräften zu ermöglichen, ihren Unterricht besser an den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Schüler\*innen auszurichten, wollen wir jährliche, anonyme-Feedback-Strukturen für Lehrkräfte in allen Schularten und Klassenstufen verpflichtend machen. Die bestehenden Tools zum Schüler\*innen-Lehrkräfte-Feedback vom Institut für Schulqualität wollen wir dabei nutzen und ausbauen.

### Schulen demokratisieren

Schulen sind ein wichtiger Ort für Schüler\*innen, wo Demokratie praktisch gelebt werden sollte. Demokratisch organisierte Schulen sind zentral für die gesellschaftliche Stärkung der Demokratie. Die Schüler\*innenvertretungen und Bezirksschüler\*innenausschüsse wollen wir deshalb mit eigenen finanziellen Mittel und pädagogischer Unterstützung ausstatten. Auch an Grundschulen wollen wir eine gewählte Gesamtschüler\*innenvertretung einführen. Politische Bildung als Bildungsziel und die demokratische Organisation von Schulen wollen wir wie in den meisten anderen Bundesländer auch in Berlin in die Verfassung aufnehmen.

Demokratie wollen wir aber nicht nur im Klassenzimmer stärken, sondern auch außerhalb. Daher stärken wir diversitätssensible und demokratiefördernde Umwelt- und Naturbildung, indem wir qualifizierten Umwelt- und Wildnispädagog\*innen den Zugang zu Berliner Wäldern erleichtern.

### Überall gute Orte des Lernens schaffen

Wir wissen: Lernen ist ein lebenslanger Prozess, der weit über den Klassenraum hinausgeht. Daher wollen wir, dass Schulen sich besser mit ihrem Sozialraum vernetzen, und stärken Kooperationen mit außerschulischen Lernorten, Jugendkunst- und Musikschulen, Sportvereinen und Volkshochschulen. Die Familienzentren an Grundschulen wollen wir erhalten – Schwarz-Rot streicht hier an der falschen Stelle die Mittel für eine Arbeit, die gerade Familien in schwierigen Situationen bisher eine große Unterstützung bieten konnte. Wir hingegen wollen ihre Arbeit zukünftig absichern.

Gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln wir den Ganzttag weiter, denn guter Ganzttag ist mehr als Betreuung. Wir Grüne verlängern die Zeiten der verlässlichen Betreuung auch für



356 Kinder ohne Hortvertrag in der Grundschule um mindestens eine Stunde auf 14:30 Uhr. In  
 357 dieser Zeit sollen Kinder Gelerntes mit professioneller Begleitung vertiefen können, sodass  
 358 keine weiteren Aufgaben zu Hause erledigt werden müssen. So haben Familien mehr gemeinsame  
 359 Zeit, die nicht durch Hausaufgabenstress bestimmt ist – denn Schulunterricht darf nicht  
 360 Aufgabe der Eltern sein. Außerdem erleichtern wir so den Schulen die Entscheidung für einen  
 361 späteren Schulstart. Auch das dient der besseren Förderung aller Kinder, denn zahlreiche  
 362 Studien haben nachgewiesen, dass ein Schulstart um 8:00 Uhr nicht dem Biorhythmus der Kinder  
 363 entspricht und somit das Lernen erschwert – wir werden deshalb in den zuständigen  
 364 Schulgremien für einen späteren Schulstart werben. Wer im Ganzttag lernt, braucht ein warmes  
 365 Mittagessen. Deswegen wollen wir ein qualitativ hochwertiges Schulessen, wie vom  
 366 Bürger\*innenrat „Ernährung im Wandel“ empfohlen, auch ab der 7. Klasse für alle Kinder und  
 367 Jugendlichen kostenfrei anbieten.

368 Darüber hinaus nehmen wir die mentale Gesundheit stärker in den Blick, indem wir  
 369 Hilfesysteme besser miteinander verknüpfen, Aufklärung in den Schulen fördern und das  
 370 Wohlbefinden der Schüler\*innen als Qualitätsmerkmal in der Evaluation und Schulentwicklung  
 371 festlegen.

372 Schulen möchten wir ermöglichen, ihre Schulhöfe, Spielplätze und Gemeinschaftsräume zu  
 373 öffnen, und strukturieren die Schulaufsichten sozialräumlich. Dadurch verbessern wir die  
 374 Vernetzung und Entwicklung des Sozialraums mit den Menschen vor Ort, wovon der ganze  
 375 Stadtteil profitiert. Schulhöfe verwandeln wir in grüne Lebensorte: mit Entsiegelung, grünen  
 376 Klassenzimmern und neuen, schattenspendenden Bäumen. Parallel treiben wir die Sanierung  
 377 alter Schulgebäude voran, damit sie den Anforderungen einer modernen Bildungslandschaft  
 378 gerecht werden.

379 Schulen zu Orten der Zugehörigkeit entwickeln

380 Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn! Um die Familiensprachen der Schüler\*innen zu fördern,  
 381 erheben wir sie und entwickeln darauf basierend Angebote des Erstsprachenunterrichts. Es  
 382 soll an mehr Schulen und in weiteren Sprachen Unterricht angeboten werden. Wir bauen die  
 383 Standorte der Staatlichen Europa-Schule Berlin als Ausdruck des europäischen Gedankens von  
 384 Vielfalt und Zusammenhalt aus. Dazu gehört auch, Kinder und Jugendliche, die als Geflüchtete  
 385 zu uns gekommen sind, möglichst schnell mit anderen in Regelklassen lernen zu lassen, um  
 386 Integration vom ersten Tag an Stück für Stück zu ermöglichen. Dafür entwickeln wir ein  
 387 alters- und kompetenzabhängiges Konzept zum Übergang von den Willkommensklassen in die  
 388 Regelklassen, wie sie auch bereits in anderen Bundesländern existieren, und stärken auch  
 389 Lehrkräfte, die dafür notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, indem wir das Schulfach „Deutsch  
 390 als Zweitsprache“ mit verbindlichem Curriculum anerkennen und zusätzliche Fortbildungen in  
 391 diesen Bereichen ermöglichen.

392 Wir bekräftigen das Recht aller Kinder auf gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem. Die  
 393 separierende Unterbringung und Beschulung in Flüchtlingsunterkünften wollen wir  
 394 schnellstmöglich beenden und allen Kindern einen Willkommensplatz an einer Regelschule  
 395 anbieten. Durch diese Haltung der Inklusion statt Separierung unterstützen wir eine  
 396 vielfältige Schulkultur. Diskriminierung stellen wir uns entschieden entgegen und setzen auf  
 397 diskriminierungskritische Schulentwicklung, Fortbildungsangebote unter Einbezug der  
 398 Zivilgesellschaft und und richten die von der Zivilgesellschaft geforderte Unabhängige  
 399 Beschwerdestelle (UBS) als Teil der LADG-Ombudsstelle als eigene Behörde ein. Die  
 400 ideologischen Angriffe des schwarz-roten Senats auf queere Bildung und Bildungsprojekte, die  
 401 sich gegen Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus richten, weisen wir entschieden  
 402 zurück. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz,

403 Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler\*innen zu befördern und werden sie  
 404 weiter ausbauen und fest als Angebote an den Berliner Schulen etablieren. Die Fachstelle für  
 405 queere Bildung und die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik unterstützen wir weiter in  
 406 ihrer wichtigen Arbeit.

407 In Lehrkräfte investieren und Schulen stark machen

408 Ein starkes Bildungssystem braucht starke Schulen, die sich unter Einbeziehung von  
 409 Schüler\*innen und Eltern möglichst autonom organisieren. Dafür braucht es auch gutes  
 410 Personal, das den vielfältigen Aufgaben in unseren Schulen gewachsen ist. Wir schaffen an  
 411 allen Schulen Teams aus verschiedenen Professionen, ohne dabei die Zahl der Lehrkräfte zu  
 412 vermindern. Teamzeiten sind erforderlich und werden berücksichtigt. So haben Lehrkräfte mehr  
 413 Zeit für ihre pädagogischen Kernaufgaben. Dafür stärken wir multiprofessionelle Teams, durch  
 414 die Schüler\*innen vielfältig gefördert und unterstützt werden können. Sobald wieder genügend  
 415 voll ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, nutzen wir das für qualitative  
 416 Verbesserungen an den Schulen, z. B. kleinere Lerngruppen und mehr individuelle  
 417 Förderangebote.

418 Wir wollen für die mehr als 30.000 Lehrkräfte in Berlin gute Arbeitsbedingungen schaffen,  
 419 sodass Berlin auch langfristig als Arbeitgeberin attraktiv ist. Deshalb wollen wir  
 420 Lehrkräfte entlasten, indem wir die Arbeitszeit von Lehrkräften systematisch erfassen und  
 421 perspektivisch ein neues Arbeitszeitmodell entwickeln, das alle Aufgaben einer Lehrkraft  
 422 abbildet. Dabei sollen die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen der Schulen in  
 423 das Arbeitszeitmodell eingebunden werden. So wollen wir berlinweit eine bessere Verteilung  
 424 der personellen Ressourcen insbesondere in Schulen in herausfordernden Lagen erreichen. Auch  
 425 Referendar\*innen wollen wir entlasten und einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen.  
 426 Dafür nehmen wir die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und stellen bei der  
 427 aktuellen Überarbeitung der Referendariats die Betreuungsqualität wieder in den Vordergrund.  
 428 Wir wollen, dass die Berliner Schule ein attraktiver Arbeitsort sowohl für verbeamtete als  
 429 auch für angestellte Lehrkräfte ist und suchen nach Wegen, die Unterschiede zwischen beiden  
 430 Statusgruppen auszugleichen.

431 Um die Mehrsprachigkeit zu fördern und den Lehrkräftemangel zu bekämpfen, werden wir  
 432 Lehrkräften mit internationalen Abschlüssen den Zugang zum Berliner Schuldienst erleichtern.  
 433 Dazu werden wir u. a. die Lehrkraft mit einem Fach wieder einführen, das  
 434 Anerkennungsverfahren vereinfachen und kostenfreie berufsbezogene Vorbereitungs- und  
 435 Deutschkurse sowie Beratung anbieten

436 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass der Lehrkräftemangel berlinweit besser verteilt  
 437 wird und auch Schulen in herausfordernden Lagen personell gut ausgestattet sind. Deshalb  
 438 führen wir Einstellungskontingente in verbesserter Form wieder ein und sorgen beispielsweise  
 439 durch Anreize, Weiterbildungen oder zeitweise Abordnungen für eine Mindestausstattung an  
 440 qualifizierten Lehrkräften an allen Schulen. Zusätzlich bieten wir Berliner  
 441 Lehramtsstudierenden ein Stipendium an, wenn sie sich verpflichten, die ersten fünf Jahre  
 442 nach dem Referendariat an einer Schule zu arbeiten, deren Personalausstattung insbesondere  
 443 mit Blick auf voll qualifizierte Lehrkräfte seit mindestens zwei Jahren unter dem Berliner  
 444 Durchschnitt liegt. So sorgen wir dafür, dass wir den Lehrkräftemangel in Berlin sowohl  
 445 langfristig bekämpfen als auch kurzfristig alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen  
 446 nutzen, um eine gute Ausstattung mit qualifiziertem Personal zu ermöglichen.

447 In einer sich schnell verändernden Welt wird es immer wichtiger, dass unser pädagogisches  
 448 Personal stets fachlich, fachdidaktisch und methodisch up-to-date ist. Wir werden für  
 449 bedarfsgerechte, praxisnahe und qualitätsgesicherte Fortbildungsangebote sorgen, die

450 fachbereichs- und schulweit implementiert und evaluiert werden. Wir stellen sicher, dass  
 451 Lehrkräfte ohne pädagogische und fachdidaktische Ausbildung vor dem Einsatz in der Schule  
 452 oder spätestens berufsbegleitend zu Beginn ihrer Tätigkeit so vorbereitet werden, dass sie  
 453 die ihnen übertragenen Unterrichtsaufgaben fachgerecht leisten können.

454 Immer wieder zeigt sich, welcher entscheidenden Einfluss Schulleitungen auf den Erfolg ihrer  
 455 Schulen haben. Wir werden daher ein Programm initiieren, um gezielt nach starken und  
 456 engagierten Persönlichkeiten unter den Berliner Lehrkräften zu suchen, die wir zu  
 457 Führungskräften aufbauen und mit denen wir zielbewusste, innovationsfreudige, kooperative  
 458 und durchsetzungsfähige Leitungsteams insbesondere für Schulen in kritischer Lage zu bilden.

### 459 5.3. Berufsbildung und Studium – gestärkt in die 460 nächste Phase

461 Beim Übergang von der schulischen in die berufliche oder akademische Ausbildung werden  
 462 wichtige Leitplanken für den weiteren Lebensweg junger Menschen gesetzt. Deshalb wollen wir  
 463 Bündnisgrüne eine Stadt, in der auch für die Ausbildungszeit das Motto gilt: „Ihr lernt –  
 464 wir regeln den Rest!“ Deshalb sorgen wir für gute Beratung schon während der Schulzeit,  
 465 erstklassige Ausbildungs- und Studienbedingungen sowie ausreichend Zugang zu günstigem  
 466 Wohnraum, damit junge Menschen sich den Weg in ein selbstbestimmtes Leben auch leisten  
 467 können.

468 Denn die Realität sieht zurzeit leider anders aus: An den Hochschulen fallen Hörsäle in sich  
 469 zusammen und das Studierendenwerk Berlin wurde vom Senat zusammengestrichen. Die Folgen  
 470 tragen Studierende: Mensapreise und Semesterbeiträge steigen und dringend benötigte  
 471 Sanierungen werden ausgesetzt.

472 Auch Menschen in der dualen Ausbildung können sich angesichts des Berliner Wohnungsmarktes  
 473 und steigender Lebenshaltungskosten die Ausbildung in Berlin immer weniger leisten. Das  
 474 schwächt nicht nur den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin, sondern macht es für  
 475 junge Menschen zudem immer schwieriger, eine exzellente Ausbildung in der Hauptstadt zu  
 476 erhalten.

477 Für uns ist jedoch klar: Egal ob nach der 10. Klasse oder nach dem Abitur – die nächste  
 478 Generation soll die Chance auf eine freie Berufswahl, gute Ausbildungsbedingungen und einen  
 479 selbstbestimmten Start ins Leben haben.

#### 480 Jugendlichen bessere Perspektiven für Ausbildung und Beruf eröffnen

481 Die Grundlage für einen guten Start in Ausbildung und Beruf wird in der Schulzeit gelegt.  
 482 Wir Grüne geben allen Jugendlichen eine Perspektive, auch ohne Abschluss. Statt 3.000  
 483 Jugendliche zu einem 11. Pflichtschuljahr zu zwingen, setzen wir auf eine Stärkung der  
 484 Berufsorientierung an Schulen und ein flexibles Perspektivenjahr, das eine Weiterentwicklung  
 485 der bisherigen integrierten Berufsausbildungsvorbereitung ist. Damit Jugendliche frühzeitig  
 486 ausreichend Einblicke in verschiedene Branchen und Berufe erhalten, sollen alle  
 487 Schüler\*innen in der 8. bis 10. Klasse mindestens fünf Betriebe in Form von Praktika und  
 488 Praxistagen kennenlernen. Wir verankern klischeefreie Berufsorientierung als verbindlichen  
 489 Standard in allen Schulformen. Lehrkräfte werden systematisch zu Durchlässigkeit,  
 490 Berufsbildung und Arbeitsmarkt fortgebildet. Wir entwickeln die Jugendberufsagenturen in den  
 491 Bezirken zu echten One-Stop-Shops weiter. Sie erhalten ausreichende Ressourcen und  
 492 Handlungsmöglichkeiten. Ziel ist es eine koordinierte, niedrighschwellige und sozial gerechte  
 493 Begleitung aller Jugendlichen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.

494 Auch niedrigschwellige Beratungsangebote wollen wir ausbauen, um Schüler\*innen vielfältige  
 495 Einblicke in die Berufswelt zu ermöglichen. Das Angebot gymnasialer Oberstufen an den  
 496 Berliner Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir erhalten und insbesondere die Möglichkeit,  
 497 parallel zur Ausbildung auch das Abitur abzulegen, ausweiten. An den Oberstufenzentren  
 498 stellen wir zusätzliches Personal ein, damit dort alle Bildungsgänge zum Erfolg führen. Die  
 499 duale Ausbildung in Berlin steht mit einem starken Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze  
 500 vor besonderen Herausforderungen, die Ausdruck eines strukturellen Problems sind. Wir  
 501 Bündnisgrüne verstehen Berufsbildung als gleichwertige Säule neben dem Studium und richten  
 502 die berufliche Erstausbildung systemisch neu aus. Unter Einbeziehung betrieblicher,  
 503 schulischer und überbetrieblicher Ausbildungsformen sowie der OSZ werden Kompetenzzentren  
 504 geschaffen, die neben den Betrieben gleichwertige Partner in der Berufsausbildung sind. Als  
 505 neuer organisatorischer Pfeiler entsteht das Landesinstitut für berufliche Bildung.  
 506 Schulische und außerbetriebliche Ausbildungsangebote bauen wir gezielt aus, insbesondere  
 507 dort, wo betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. Zudem machen wir die duale Ausbildung zu  
 508 einer gleichwertigen Alternative zum Studium, indem wir sie durch eine umlagefinanzierte  
 509 Ausbildungsgarantie stärken. Zur Steigerung der Attraktivität von Ausbildungen gehört auch  
 510 die Einrichtung eines Azubiwerks, das günstige Wohnheime betreibt und Beratung  
 511 gewährleistet. Alle Berliner Auszubildenden, egal ob aus großen oder kleinen Betrieben,  
 512 müssen die Möglichkeit haben, sich zu beschweren und Hilfe in Krisensituationen zu erhalten.  
 513 Wir stärken explizit Frauen in Handwerksberufen.

514 Wir wollen europäische Förder- und Mobilitätsprogramme in zentral organisierten  
 515 "Europatagen" gezielt an Berufsschulen bewerben. Wir werben bei der Industrie- und  
 516 Handelskammer Berlin für eine Mobilitätsberatungsstelle nach Vorbild anderer Kammern im  
 517 Netzwerk "Berufsbildung ohne Grenzen", welche gemeinsam mit Unternehmen und Auszubildenden  
 518 deren Auslandsaufenthalte koordiniert.

519 Nachhaltigkeit wird verbindlicher Bestandteil der beruflichen Bildung in ihren ökologischen,  
 520 ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen. Auch Berufliche Schulen lehren gelebte  
 521 Demokratie und Vielfalt und diskriminierungsfreies Handeln.  
 522 Alle Lehrkräfte in der Berufsbildung werden für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz  
 523 qualifiziert, um Medienkompetenz, personalisiertes Lernen und inklusive Bildungszugänge zu  
 524 fördern.

525 Wohnen für Auszubildende und Studierende sichern

526 Echte Chancengleichheit bei der Berufswahl braucht ausreichend qualitativ hochwertigen  
 527 Wohnraum für Azubis genauso wie für Studierende. Deshalb führen wir das neue Azubiwerk zum  
 528 Erfolg, das ähnlich wie das Studierendenwerk bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende sowie  
 529 Beratungs- und Kulturangebote schafft. Auch das Studierendenwerk Berlin muss gestärkt  
 530 werden, um verlässliche Strukturen für die Studierenden dieser Stadt zu schaffen. Deshalb  
 531 setzen wir Bündnisgrüne uns für einen Bund-Länder-Pakt „Studium und Ausbildung“ ein, der die  
 532 Finanzierung der Studierendenwerke bundesweit mit verbindlichen Mindeststandards sichert,  
 533 über den Status quo in Berlin hinausgeht und die besten Unterstützungs- und  
 534 Beteiligungsansätze aus allen Bundesländern bündelt. Dazu gehören mehr und sanierte  
 535 Wohnheime mit sozialverträglichen Mieten, die an die Wohnkostenpauschale der  
 536 Ausbildungsförderung gekoppelt sind, Mensen mit gesundem, nachhaltigem und bezahlbarem Essen  
 537 sowie ausreichend Kultur- und Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, dass die Preise  
 538 in den Mensen stabil bezahlbar bleiben und an jeder größeren Hochschule mindestens eine  
 539 Mensa auch abends geöffnet hat. Auch bei uns in Berlin wollen wir durch die Neuaufsetzung  
 540 des Studierenden-Rahmenvertrags das Studierendenwerk wieder auf stabile Füße stellen und die  
 541 verlässliche Kofinanzierung aller „Junges Wohnen“-Projekte sichern. Studiengebühren

542 jeglicher Form lehnen wir für Studierende aller Nationalitäten ab. Wir sorgen dafür, dass  
543 die Wahl von Studium und Beruf weniger vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern junge  
544 Menschen ihre Zukunft freier gestalten können.

545 Studieren in unterschiedlichen Lebenslagen ermöglichen

546 Lehre und Prüfungen an Hochschulen müssen den Lebensbedingungen der Studierenden Rechnung  
547 tragen. Studieren muss in jeder Lebenslage möglich sein, deshalb werden wir uns für die  
548 Stärkung vom Teilzeitstudium einsetzen. Das endgültige Nichtbestehen, das den erneuten  
549 Zugang zu Studiengängen dauerhaft ausschließt, führt in vielen Fällen zu massiven  
550 Einschnitten in das Leben der Studierenden, die nicht verhältnismäßig sind. Deshalb werden  
551 wir die Anzahl der Prüfungsversuche erhöhen und prüfen, wie beispielsweise nach dem Vorbild  
552 des Jurastudiums Wege zu alternativen Abschlüssen ermöglicht werden können. Wir wollen  
553 Wahlfreiheiten und Selbstbestimmung im Studium absichern, den Erwerb von Qualifikationen –  
554 besonders in aktuellen Forschungsfeldern – in der gesamten Berliner Hochschullandschaft  
555 vereinfachen und Curricula flexibler gestalten. So kann tatsächliche Vertiefung ermöglicht  
556 werden.

557 Universitäten vor dem baulichen Verfall schützen

558 Bei den Berliner Hochschulen müssen wir den baulichen Verfall stoppen und den bestehenden  
559 Sanierungsstau nachhaltig abbauen. Wir setzen uns daher für die Gründung einer  
560 Hochschulbaugesellschaft in Kooperation mit der WISTA Management GmbH ein, die ein Konzept  
561 für die gesamte energetisch-nachhaltige und ökologische Sanierung erarbeitet und  
562 kreditfinanziert umsetzt. Sie soll mittelfristig auch wenn gewünscht den baulichen Unterhalt  
563 der Hochschulen übernehmen können und schafft so endlich Planungssicherheit für Forschung  
564 und Lehre. Eine spätere Nutzung im Mieter\*innen-Vermieter\*innen-Modell darf dabei nicht  
565 zulasten der Lehre gehen und es muss sicher gestellt werden das auch weiterhin ausreichend  
566 Räume für nicht kommerzielle Zwecke und studentische Nutzung zur Verfügung stehen.

567 Demokratie und Miteinander an Hochschulen und Universitäten leben

568 Hochschulen sind Orte der Miteinanders und der Demokratie. Auch deshalb sind sie schon immer  
569 auch Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Universitäten müssen Räume bleiben, in  
570 denen friedlicher Protest, studentischer Aktivismus und kontroverse Debatten möglich sind  
571 und geschützt werden. Gerade in Zeiten großer politischer Unsicherheiten braucht es mehr  
572 niedrigschwellige, moderierte Debattenräume, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar  
573 machen, Dialog fördern und Polarisierung entgegenwirken. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit  
574 sind dabei untrennbar mit dem Recht auf friedlichen Protest verbunden. Wir setzen wir uns  
575 für die Wahrung der institutionellen Autonomie der Hochschulen ein und wollen politische  
576 Eingriffe in hochschulinterne Angelegenheiten begrenzen.

577 Gleichzeitig müssen die Sicherheit und das unbeschwerte Studium aller, insbesondere von  
578 Jüdinnen\*Juden, ebenso garantiert werden wie die gleichberechtigte Teilhabe von jüdischen  
579 und palästinensischen sowie als israelsolidarisch und propalästinensisch gelesenen  
580 Organisationen am Diskurs. Wir lehnen einen Diskurs ab, der die Sicherheit von  
581 Jüdinnen\*Juden gegen elementare Bürger\*innen- und Freiheitsrechte ausspielt. Antisemitische  
582 oder diskriminierende Aussagen, Gewalt oder Vandalismus dürfen in Hochschulen keinen Platz  
583 haben, ihnen muss mit antisemitismus- und diskriminierungskritischen Präventionskonzepten  
584 vorgebeugt werden. Wir setzen uns für den Ausbau demokratischer Strukturen an den Berliner

585 Hochschulen ein und unterstützen Initiativen zur Einführung viertelparitätischer Wahl- und  
586 Grundordnungsgremien der akademischen Selbstverwaltung.

587 Darüber hinaus ist es essentiell, die Berliner Hochschulen resilienter zu machen. In  
588 Anerkennung und unter Wahrung der Hochschulautonomie wollen wir gemeinsam mit den Berliner  
589 Hochschulen erarbeiten, welche Rahmenbedingungen jetzt politisch angepasst werden müssen, um  
590 die Hochschulen und ihre Verwaltungen besser vor antidemokratischen Angriffen zu schützen.

## 591 5.4. Gesundheit in allen Lebenslagen – Berlin ist für 592 dich da

593 Gesundheit und Wohlbefinden sind mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie befähigen uns,  
594 ein zufriedenes Leben zu führen, uns vielfältigen Herausforderungen zu stellen und diese zu  
595 bewältigen. Dabei sehen wir Gesundheit, Krankheit und Sterben als integrale Bestandteile des  
596 menschlichen Daseins und verstehen diese daher auch als wichtigen Auftrag für die  
597 Daseinsvorsorge. Auch wenn die Gestaltung der Gesundheitsversorgung nicht allein in  
598 Landeshand liegt, setzen wir uns mit allen Kräften und Möglichkeiten, vor allem aber mit  
599 einem umfassenden Blick für ein gesundes, soziales und inklusives Berlin ein.

600 Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben,  
601 selbstbestimmt gesund zu bleiben und zu leben. Für uns bedeutet das: Zugang zu wohnortnahen,  
602 qualitativ hochwertigen und barrierefreien Gesundheitsangeboten sowie zu einer modernen  
603 Hospiz- und Palliativlandschaft zu haben. Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung,  
604 Beratung, Behandlung und Rehabilitation gehen dabei Hand in Hand und schließen psychische  
605 und soziale Aspekte wie auch Umwelt- und Klimaschutz mit ein. Mit einer urbanen  
606 Gesundheitsstrategie wollen wir gute und abgestimmte Angebote in einer gesunden Stadt als  
607 Teil eines gesunden Planeten schaffen. Dazu müssen wir Gesundheitsversorgung und  
608 Gesundheitsförderung stärker vernetzen und Lücken schließen. Hier setzen wir auf gemeinsame  
609 Werte und verbindliche Kooperationen zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten, Bildungs-  
610 und Jugendhilfe sowie Umwelt-, Mobilitäts- und Stadtplanung, um Präventionsketten und  
611 sozialräumliche Gesundheitsstrukturen flächendeckend und nachhaltig aufzubauen. Eine  
612 wichtige Rolle kommt dabei auch der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zu.

613 Gesundheitsversorgung gerecht verteilen

614 Noch immer unterscheiden sich die Gesundheitschancen in Berlin stark: Je nach Bezirk,  
615 Wohnviertel, Geschlecht und sozioökonomischem Status weichen Lebenserwartung und  
616 Krankheitshäufigkeiten voneinander ab. Die ambulante Versorgung ist oft nicht barrierefrei  
617 und ungleich verteilt, Haus- und Fachärzt\*innen wie Kinderärzt\*innen fehlen besonders in  
618 Stadtrandlagen. Einige Bezirke im Osten sind davon am stärksten betroffen. Wir setzen uns  
619 dafür ein, dass es eine gleichmäßige Verteilung von Vertragsärzt\*innensitzen gibt und dass  
620 neue Stadtquartiere in allen Bezirken gut versorgt werden. Kliniken stehen unter  
621 finanziellem Druck, während Personal seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeitet. Der ÖGD  
622 ist unterfinanziert und personell schwach besetzt, Gesundheitsförderung und Prävention haben  
623 nicht den notwendigen Stellenwert. Psychische Belastungen nehmen zu, Wartezeiten auf  
624 Beratungs- und Behandlungsangebote sind zu lang, aufsuchende Angebote und koordinierte  
625 Hilfestrukturen fehlen. Durch massive Streichungen des schwarz-roten Rückschrittssenats –  
626 nicht nur im Gesundheitsbereich – verschlechtert sich die Lage für die Menschen in Berlin  
627 noch weiter. Auch digitale, mobile und aufsuchende Gesundheitsdienste sind nicht ausreichend  
628 ausgebaut, obwohl sie besonders für immobile und andere vulnerable Gruppen sowie deren An-

629 und Zugehörige wichtig sind. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten,  
630 Bildungseinrichtungen, Umwelt-, Verkehrs- und Stadtplanung ist nicht ausreichend.

631 Flächendeckende Gesundheitsangebote sicherstellen

632 Wir Bündnisgrüne wollen das nicht hinnehmen. Statt mehr Versorgungslücken an den  
633 Schnittstellen wollen wir bessere Nahtstellen schaffen, die grundsätzlich den gesamten  
634 Menschen im Blick haben und abgestimmt wirken.

635 Deshalb gestalten wir eine Gesundheitspolitik, die gezielt auch auf gesundheitliche, soziale  
636 und umweltbedingte Ungleichheiten reagiert – mit gerechten Zugängen, starken öffentlichen  
637 Strukturen und gesundheitsfördernden Lebensverhältnissen in der gesamten Stadt und in den  
638 Lebensrealitäten der Berliner\*innen. Dabei folgen wir klar dem Prinzip „präventiv vor  
639 ambulant vor stationär“ mit hochwertigen wohnortnahen Versorgungsstrukturen.

640 Wir wollen flächendeckend integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die ärztliche,  
641 therapeutische, psychosoziale und präventive Angebote unter einem Dach vereinen. Diese  
642 Zentren sollen interdisziplinär besetzt sein und als multiprofessionelles, diverses und  
643 mehrsprachiges Netzwerk die gesamte Bandbreite von der Gesundheitsberatung bis zur Apotheke  
644 einschließen. Die Community Health Nurse (CHN) soll nach dem Vorbild von Köpenick in allen  
645 Bezirken zum Einsatz kommen und gemeinsam mit dem ÖGD Menschen unterstützen.

646 Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken

647 Berlin ist auch wirtschaftlich betrachtet eine Gesundheitsstadt. Dieses besondere,  
648 ressourcenreiche Ökosystem wollen wir nachhaltig und gerecht aufstellen und  
649 weiterentwickeln. Wir sehen eine universitäre Spitzenmedizin und eine Gesundheitsversorgung  
650 im Kiez nicht als Gegensatz, sondern als logische, sich gegenseitig befruchtende Ergänzung.  
651 Daher werden wir alle Möglichkeiten bestmöglich nutzen, die uns die Krankenhausreformpläne  
652 des Bundes und der damit zusammenhängende Transformationsfonds bieten, um Berlins  
653 Krankenhäuser moderner, besser und digitaler aufzustellen und gleichzeitig die ambulante  
654 Gesundheitsversorgung zu stärken. Dafür braucht es ein Zielbild, das an der Bevölkerung  
655 ausgerichtet ist. Auch die ökologische Krankenhaustransformation im Sinne eines Green-  
656 Hospital-Ansatzes bringen wir voran und machen die Versorgungslandschaft als großes Ganzes  
657 zukunftsfest und für Patient\*innen wie auch die Stadt sicher. Damit Menschen informierte  
658 Entscheidungen über die Ihnen zur Verfügung stehenden Versorgungsangebote treffen können,  
659 nehmen wir die Berichterstattung der Transparenzdaten zur Krankenhausbehandlung wiederauf,  
660 bauen diese aus und ermöglichen öffentliche Berichte je Krankenhausstandort. Dazu gehört  
661 auch eine Weiterentwicklung der Notfallversorgung mit dem Dreiklang aus  
662 Gesundheitsnotfallkompetenz, differenzierter vorklinischer Versorgung durch den  
663 Rettungsdienst sowie integrierten Rettungsstellen, in denen niedergelassene Ärzt\*innen und  
664 Kliniken abgestimmt arbeiten. Zudem sehen wir die Notwendigkeit einer der Schaffung  
665 Integrierter Notfallzentren (INZ). Sie sollen möglichst an gut erreichbaren Orten und an  
666 Klinikstandorten mit erweiterter Notfallversorgung sein. Dort sollen die Kassenärztliche  
667 Notfallpraxis und die Krankenhausnotfallversorgung gemeinsam die Patient\*innenversorgung  
668 steuern.

669 Digitale Gesundheitsformen ausbauen

670 Digitale Versorgungsformen, Telemedizin und der Einsatz Künstlicher Intelligenz werden die  
671 Gesundheitsversorgung verändern. Digitale Angebote inklusive Künstlicher Intelligenz denken

672 wir daher als niedrigschwellige Versorgungsmöglichkeit überall mit und setzen auf die  
 673 integrierte Unterstützung bestehender Angebote unter gleichzeitiger Wahrung der digitalen  
 674 Selbstbestimmung und Teilhabe. Insbesondere Telemedizin spielt z. B. zur Bewältigung des  
 675 demographischen Wandels eine entscheidende Rolle, wobei die hohe Qualität der Versorgung  
 676 gewahrt werden muss. Dazu werden wir die digitale Infrastruktur von Einrichtungen im  
 677 Gesundheitswesen gezielt ausbauen und uns für ethisch vertretbare, rechtlich klare und  
 678 medizinisch sinnvolle Regelungen einer digitalen Gesundheitsversorgung einsetzen. Dabei  
 679 steht die Gesundheit des Menschen immer im Mittelpunkt.

680 Alle Menschen vor den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise schützen

681 Die Klimakrise ist eine Gesundheitskrise. Ob neue Infektionskrankheiten durch die  
 682 Tigermücke, stärkere Belastungen für Menschen mit Allergien oder hitzebedingte Erkrankungen  
 683 – die Folgen sind vielfältig. Wir wollen das Bewusstsein der Berliner\*innen und von  
 684 medizinischem Fachpersonal für die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise stärken.

685 Hitze hat bisher die stärksten Auswirkungen auf die Gesundheit der Berliner\*innen. Besonders  
 686 gefährdet sind hochaltrige Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Kinder. Aber auch  
 687 Menschen, die im Freien arbeiten, und Sportler\*innen haben ein erhöhtes Risiko für einen  
 688 Hitzschlag. Neben der konsequenten Umsetzung des Berliner Hitzeaktionsplans wollen wir  
 689 deshalb insbesondere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen und  
 690 Sportstätten dazu befähigen eigene Hitzeschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

691 Das Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin und die AG Hitzeschutz der Bezirke haben eine  
 692 Vorreiter\*innenrolle bei der gemeinsamen Planung von Hitzeschutzmaßnahmen zwischen  
 693 Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft. Wir wollen das Aktionsbündnis stärken und durch  
 694 lokale Hitzeschutzbündnisse in den Bezirken ergänzen. Dabei wollen wir besonders die  
 695 wertvollen Erfahrungen aus den Hitzeaktionsplänen der Bezirke nutzen.

696 Psychische Gesundheit in den Fokus nehmen

697 Gesundheit ist vielfältig und erfordert einen inklusiven, differenzierten Ansatz. Wir Grüne  
 698 stärken die psychische Gesundheit durch Entstigmatisierung, Prävention und Früherkennung  
 699 sowie durch den Ausbau integrierter, niedrigschwelliger, aufsuchender und  
 700 multiprofessioneller Hilfs- und Krisenangebote in allen Bezirken, insbesondere für Menschen  
 701 mit schweren psychischen Erkrankungen. Dabei werden auch psychische Erkrankungen, die durch  
 702 Diskriminierungserfahrungen entstehen oder verstärkt werden, berücksichtigt. Dazu vernetzen  
 703 wir ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfen sektorenübergreifend. Im stationären  
 704 Bereich streben wir Krankenhäuser an, die auch einen somatischen Bereich haben. Wir stärken  
 705 den Maßregelvollzug und verzahnen ihn eng mit dem allgemeinpsychiatrischen  
 706 Versorgungssystem. In akuten Krisen sichern wir schnelle Unterstützung durch eine enge  
 707 Anbindung an das Notfallsystem und vermeiden unnötige Unterbringungen. Um lange Wartezeiten  
 708 zu reduzieren, fördern wir psychiatrische Einrichtungen personell und finanziell und bauen  
 709 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin niedrigschwellige Lotsen- und  
 710 Vermittlungsangebote aus, damit Menschen schneller Zugang zu passender psychotherapeutischer  
 711 Versorgung erhalten.

712 Speziell für Kinder und Jugendliche wollen wir Präventions- und Unterstützungsangebote  
 713 deutlich ausbauen, unter anderem durch mehr Schulpsycholog\*innen und -sozialarbeiter\*innen,  
 714 aufsuchende Jugendpsychiatrie-Teams, frühzeitige Hilfen im sozialen Umfeld und eine bessere  
 715 Vernetzung zwischen dem Gesundheits-, Jugend- und Bildungsbereich. Psychische Gesundheit  
 716 soll in allen Altersgruppen durch eine integrierte Versorgungsstruktur mit festen Budgets,



717 multiprofessionellen Krisenteams und präventiven Angeboten gestärkt werden. Suizidprävention  
 718 soll dabei systematisch verankert, Hilfsangebote sollen stärker vernetzt und gezielt  
 719 ausgebaut werden. Außerdem setzen wir uns für den dauerhaften Erhalt der "Nummer gegen  
 720 Kummer" ein, die mit anonymer Telefonsorge für tausende Kinder und Jugendliche in dieser  
 721 Stadt unverzichtbar ist. In allen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und im öffentlichen Raum  
 722 sollen Hitze- und Klimaanpassungskonzepte umgesetzt werden, inklusive Trinkwasserversorgung,  
 723 Verschattung und Kühlräumen.

724 Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen

725 Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem ein, das diversitäts- und  
 726 rassismussensible Forschung fördert, ihre Erkenntnisse in die Ausbildung des  
 727 Gesundheitspersonals integriert und community-basierte Projekte nachhaltig unterstützt. Der  
 728 Zugang zur Gesundheitsversorgung soll auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder  
 729 Aufenthaltspapiere gesichert werden. Wir setzen eine Impfkampagne auf, um diese wichtige  
 730 präventive Maßnahme zu steigern. Nötig sind ebenso effizientere Strukturen, die ein Ankommen  
 731 im Gesundheitssystem und das Ausschließen von Versorgungslücken ermöglichen. Dazu stärken  
 732 wir die Clearingstelle und sorgen dafür, dass Gesundheitsangebote in  
 733 Obdachloseneinrichtungen, vor allem aber auch bei Housing First systematisch mitgedacht und  
 734 implementiert werden. Ein zentraler Baustein einer gerechten Gesundheitsversorgung ist auch  
 735 die diversitäts- und kultursensible Ausrichtung der Angebote durch Information, Wissen und  
 736 Nutzung digitaler und analoger Sprachmittlungsmöglichkeiten. Die Versorgung von Menschen mit  
 737 Fluchterfahrung soll hier besonders im Fokus stehen.

738 Eine gute Gesundheitsversorgung beinhaltet für uns auch zeitgemäße und passgenaue Angebote  
 739 für das Lebensende. Wir werden daher die Beratungsstrukturen sowie Hospiz- und  
 740 Palliativangebote in der Stadt ebenfalls gemäß dem Prinzip „wohnortnah ambulant vor  
 741 stationär“ in einer modernen Hospiz- und Palliativstrategie bündeln und weiterentwickeln.  
 742 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht auf selbstbestimmtes  
 743 Leben schließt – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – selbstbestimmtes Sterben  
 744 frei von Druck ein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene ein für eine noch immer fehlende  
 745 gesetzliche Grundlage zum Schutz dieses Rechts in Verbindung mit der Regulierung von  
 746 Suizidhilfe.

747 Selbstbestimmte Familienplanung und flächendeckende Geburtsversorgung  
 748 sichern

749 Gute Gesundheitsversorgung beginnt bereits vor der Geburt. Hebammen und Geburtshelfer\*innen  
 750 sind bereits während der Schwangerschaft, aber natürlich auch während und nach der Geburt  
 751 nicht nur wichtige Bezugspersonen, sondern stellen auch die medizinische Versorgung von  
 752 Schwangeren und Neugeborenen sicher. Damit alle Berliner\*innen Zugang zu sicheren und  
 753 selbstbestimmten Geburten haben, muss der Studiengang „Angewandte Hebammenwissenschaften“  
 754 dauerhaft finanziell gesichert werden. Wir Grüne wollen die personelle Ausstattung in  
 755 Kreißsälen verbessern und so die Arbeitsbedingungen für Hebammen attraktiver machen. Wir  
 756 wollen ein flächendeckendes Netz an Hebammenangeboten aufbauen, das Geburtshäuser,  
 757 aufsuchende Betreuung und wohnortnahe Angebote umfasst, insbesondere in bisher  
 758 unterversorgten Bezirken. Ergänzend sollen hebammengeführte Kreißsäle in Kliniken zur Regel  
 759 werden.

760 Aber es gibt in Berlin auch viele Menschen, die einen unerfüllten Kinderwunsch haben. Um sie  
 761 bestmöglich zu unterstützen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür  
 762 einsetzen, dass sie allen – egal, ob alleinstehend oder verpartnert – von der Krankenkasse

763 finanziert wird. Außerdem wollen wir die entsprechende Beratung ausbauen und insbesondere  
764 für Regenbogenfamilien erweitern.

765 Zur selbstbestimmten Familienplanung gehört auch die Freiheit, sich gegen ein Kind  
766 entscheiden zu können. Deshalb ist sowohl frühzeitige, altersadäquate Aufklärung als auch  
767 kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln für Jugendliche essenziell. Während wir uns auf  
768 Bundesebene für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts einsetzen, helfen wir in Berlin  
769 konkret Betroffenen. Deshalb machen wir Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten  
770 niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich und sorgen dafür, dass medizinische Versorgung  
771 zum Abbruch von Schwangerschaften von den landeseigenen Kliniken gewährleistet wird.

772 Aufklärung und Prävention stärken

773 Gesundheitsprävention ist die wirkungsvollste Gesundheitsmaßnahme. Wir Bündnisgrüne wollen  
774 ein Landespräventionsgesetz schaffen, in dem wir die Landesaufgaben beschreiben. In allen  
775 Bezirken sollen kommunale Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe  
776 vor Ort zu ermitteln, Maßnahmen zu koordinieren und Beteiligung zu ermöglichen. Eine  
777 selbstbestimmte Gesundheit braucht Information und Aufklärung jenseits der Frage, wo das  
778 nächste Krankenhaus liegt. Am besten ist es, wenn Erkrankungen gar nicht erst oder weniger  
779 stark auftreten. Wir wollen Aufklärung und den Zugang zu verständlichen Informationen in  
780 Leichter und Einfacher Sprache sowie in weiteren Sprachen über die Lebensspanne verbessern  
781 und Maßnahmen gegen die vor allem im digitalen Raum grassierende Desinformation im  
782 Gesundheitsbereich entwickeln. Besonders für Jugendliche sind flächendeckende Prävention  
783 gegen sexuell übertragbare Krankheiten (STI) sowie kultursensible Aufklärung essenziell. Um  
784 die Ziele der Fast-Track-City-Initiative (FTC) zur Beendigung von HIV/AIDS und der  
785 Stigmatisierung von HIV-positiven Menschen bis zum Jahr 2030 in Berlin zu erreichen, werden  
786 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan zur Weiterentwicklung der FTC auf  
787 den Weg bringen, Lücken in der Prävention und Testung schließen, Strategien an neuen  
788 Bedarfen ausrichten und die bestehenden Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter sichern.  
789 Gesundheitsförderung und Prävention schließen auch Maßnahmen zur Luftreinheit in Innenräumen  
790 ein, insbesondere in öffentlichen Gebäuden wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

791 Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Adipositas und Diabetes lassen sich  
792 durch Prävention deutlich reduzieren. Gesunde Ernährung und Bewegung müssen deshalb von  
793 Beginn an für alle Menschen, insbesondere für Kinder, unabhängig vom sozialen Status  
794 zugänglich sein. Wir Bündnisgrüne stärken dafür berlinweit Gemeinschaftsverpflegung,  
795 Ernährungsbildung und Sportangebote. Gute Prävention schließt auch das Impfen ein, das einen  
796 wichtigen Ansatz zur Vermeidung infektiöser Erkrankungen darstellt. Hier braucht es  
797 effizientere Strukturen, die ein Ankommen im Gesundheitssystem und das Ausschließen von  
798 Versorgungslücken ermöglichen. Alle STIKO-Impfungen sollen niedrigschwellig und wohnortnah  
799 zugänglich sein – auch in Apotheken, beim Öffentlichen Gesundheitsdienst und über mobile  
800 Angebote. Wir werden Gesundheit noch mehr von der Prävention gegen Erkrankungen aus denken  
801 und unter Einbeziehung der Berliner\*innen eine landesweite Präventionsstrategie entwickeln  
802 und umsetzen.

803 Vernetzte Gesundheitsregionen mit einem Öffentlichen  
804 Gesundheitsdienst entwickeln

805 Gesundheit spielt sich in den Lebenswelten der Menschen ab und lebt von Beteiligung. Daher  
806 ist es wichtig, dass sich die Bezirke auch untereinander und nach Brandenburg hin zu  
807 vernetzten Gesundheitsregionen entwickeln. In allen Bezirken sollen daher kommunale

808 Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe vor Ort zu ermitteln,  
 809 Maßnahmen zu koordinieren und eine wirksame Beteiligung der Berliner\*innen zu ermöglichen.

810 Gesundheitsförderung soll als verbindliches Prinzip in allen Politikbereichen sowohl auf  
 811 Bezirks- als auch auf Landesebene etabliert sein. Für alle Präventions- und  
 812 Gesundheitsförderungsmaßnahmen wollen wir Grüne verbindliche Qualitätsstandards festlegen  
 813 und deren Umsetzung evaluieren. Die Gesundheitsförderung soll verbindlich in Kitas, Schulen,  
 814 Betrieben und Senior\*inneneinrichtungen integriert werden, mit Schwerpunkten auf Bewegung,  
 815 gesunder Ernährung, Suchtprävention und psychischer Gesundheit. Betriebliche  
 816 Gesundheitsförderung soll gezielt ausgebaut und besonders kleine und mittlere Unternehmen  
 817 sollen unterstützt werden, um gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und  
 818 Präventionsprogramme zu etablieren. Das gilt besonders auch für die Gesundheitsfachberufe.  
 819 Zudem treiben wir auch die Weiterentwicklung der Wirksamkeit betriebsmedizinischer Angebote  
 820 voran.

821 Der ÖGD spielt dabei eine unverzichtbare Rolle. Wir wollen ihn personell und finanziell so  
 822 stärken, dass er seine Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsberatung, Gesundheitsförderung,  
 823 Gesundheitsschutz und Gesundheitskoordination multiprofessionell, flächendeckend,  
 824 zukunftsorientiert und vernetzt erfüllen kann. Die Nachwuchsgewinnung des ÖGD wollen wir für  
 825 alle Berufsgruppen gezielt stärken. Insbesondere für Ärzt\*innen im öffentlichen Dienst  
 826 werden wir diesbezüglich durch eine verbindliche Studienplatzquote an der Charité  
 827 (Stadtärzt\*innenquote), wie sie in anderen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert  
 828 wird, unterstützen.

829 Unser Ziel ist klar: Berlin soll selbst eine gesunde Stadt sein, in der Menschen gesund  
 830 leben und arbeiten können – unabhängig davon, wer sie sind oder wo sie wohnen.

## 831 5.5. Neue Drogenpolitik – Hilfe statt Stigmatisierung

832 Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine evidenzbasierte Drogen- und Suchtpolitik ein, die Hilfe  
 833 statt Strafe in den Mittelpunkt stellt und sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen statt an  
 834 Ideologie orientiert. In Berlin gibt es eine starke und vielfältige Helfelandschaft, sie  
 835 gilt es von der Prävention bis zur Suchthilfe zu stärken. Gleichzeitig wächst der  
 836 Handlungsbedarf, denn die Zahl der Drogentoten steigt auch in Berlin jährlich auf neue  
 837 Höchststände. Insbesondere der Crack- und Kokainkonsum nimmt stark zu, synthetische Opiode  
 838 wie Fentanyl bergen ein hohes Risiko für Abhängigkeiten und Überdosierungen. Da sowohl  
 839 legale als auch illegale Drogen risikobehaftet und weit verbreitet sind, darf man vor ihrer  
 840 Realität nicht die Augen verschließen. Unser Ziel ist es, Probleme zu lösen und nicht  
 841 zuverlagern. Statt Zäune zu bauen, ist es für uns zentral, Menschen nicht zu stigmatisieren  
 842 und Betroffene nicht alleinzulassen, sondern ihnen wirksam zu helfen und Risiken zu  
 843 minimieren.

### 844 Suchthilfe und Prävention stärken

845 Wir Grüne wollen Konsumräume und Streetwork-Teams ausbauen, Wartezeiten auf Therapieplätze  
 846 verkürzen und niedrigschwellige Angebote ausbauen, insbesondere um junge Menschen sowie  
 847 Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen besser zu erreichen.

848 Der Zugang zu Hilfsangeboten sollte nicht an eine Abstinenzpflicht geknüpft sein, sondern  
 849 Konsumierende dabei unterstützen, sich in jeder Lebenslage aus der Abhängigkeit zu befreien.  
 850 Mit einer gesamtstädtischen Strategie muss Berlin einen hilfeorientierten Ansatz verfolgen,  
 851 der Selbstbestimmung, Aufklärung und Gesundheitsschutz miteinander verbindet. Anstatt

852 Betroffene dem unkontrollierten Schwarzmarkt zu überlassen, befürworten wir die Forderungen  
853 aus der Suchthilfe nach Modellprojekten mit kontrollierter Abgabe. Unsere Drogenpolitik  
854 verfolgt das Ziel, illegalen Märkten die Grundlage zu entziehen. Wir wollen die Möglichkeit  
855 des Betäubungsmittelrechts nutzen, um bei klar definierten Eigenverbrauchsmengen Verfahren  
856 gegen Konsumierende grundsätzlich einzustellen. Die Ressourcen bei Justiz und Polizei  
857 sollten gezielt in die Bekämpfung Organisierter Kriminalität investiert werden.

858 Es braucht Zugänge und die Verknüpfung von sozialen und gesundheitlichen Angeboten. Wir  
859 Grüne setzen uns dafür ein, dass Prävention sozialraumorientiert, kultursensibel,  
860 geschlechtersensibel, altersgerecht und mehrsprachig ausgebaut wird – mit einem klaren Fokus  
861 auf junge Menschen, beginnend mit der Prävention im Schul- und Jugendkontext, digitalen  
862 Beratungsangeboten und besserem Zugang zu Beratung und Therapie. Im Kurfürstendamm sichern  
863 wir, wie vom Runden Tisch „Sexarbeit“ vorgeschlagen, Nachtcafés und zusätzliche  
864 Drogenkonsumräume in Kooperation mit der Drogenhilfe und dem Landessuchtbeauftragten. Wir  
865 wollen zudem den Housing-First-Ansatz konsequent umsetzen, um wohnungslose  
866 Drogenkonsumierende dauerhaft in sichere Wohnverhältnisse zu bringen und so den Kreislauf  
867 von Sucht und Obdachlosigkeit zu durchbrechen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf die  
868 Unterversorgung von betroffenen Frauen gelegt werden.

869 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug als  
870 zentraler Bestandteil der Resozialisierung abgesichert wird. Statt Drogenspürhunde durch  
871 Gefängniszellen zu schicken, braucht es Zugang zu Substitutions- und Therapiemöglichkeiten.  
872 Das betrifft insbesondere den Zugang zur Diamorphintherapie sowie eine nahtlose  
873 Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

874 Drug Checking ist eine zentrale Maßnahme zur Schadensminderung, die den sicheren Konsum  
875 fördert und potenzielle Gesundheitsrisiken reduziert. Die Nachfrage ist seit Einrichtung  
876 jedoch deutlich höher als das bestehende Angebot. Wir wollen, dass das Berliner Drug-  
877 Checking-Projekt deutlich ausgebaut, auch mobil verfügbar und mit einem berlinweiten  
878 Frühwarnsystem für gefährliche Wirkstoffe verbunden wird. Die Abgabe von Naloxon zur  
879 Vermeidung von Überdosierungen soll über anerkannte Angebote der Suchthilfe und Sozialarbeit  
880 erfolgen können.

881 Drogenpolitik umfassend und zeitgemäß gestalten

882 Wir Bündnisgrüne machen uns dafür stark, dass verhaltensgebundene Süchte wie Glücksspiel-  
883 oder Medienspielsucht systematisch in die Hilfestrukturen integriert werden.  
884 Glücksspielwerbung soll stark eingeschränkt, der Schutz Minderjähriger verbessert und die  
885 Spieler\*innensperredatei „Oasis“ ausgebaut werden, auch für glücksspielartige Elemente in  
886 digitalen Angeboten. Echte Vermögensprüfungen und feste Einzahlungslimits sollen im Online-  
887 Glücksspiel der Standard sein.

888 Abhängigkeiten von Alkohol, Nikotin und Medikamenten werden trotz ihres Ausmaßes als  
889 Selbstverständlichkeit wahrgenommen, obwohl sie gesamtgesellschaftlich die schwersten Folgen  
890 aufweisen. Gerade die Struktur der Alkohol- und Medikamentenberatung in den Bezirken ist  
891 uneinheitlich und unzureichend aufgestellt. Es braucht eine landesweite Steuerung, um eine  
892 flächendeckende, qualitativ hochwertige und verlässliche Versorgung sicherzustellen und zu  
893 finanzieren. Gerade im öffentlichen Raum gilt es, den Nichtraucher\*innenschutz konsequenter  
894 umzusetzen, zu kontrollieren und bei Bedarf gesetzlich nachzuschärfen. Andere europäische  
895 Länder sind hier deutlich weiter und wirksamer.

896 Das Konsumcannabisgesetz auf Bundesebene war ein richtiger und überfälliger Schritt. Die  
897 Befürchtungen der Legalisierungsgegner\*innen haben sich in Luft aufgelöst. Polizei und

898 Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht unnötig kriminalisiert und es ist kein  
 899 sprunghafter Anstieg des Konsums zu erkennen. Diesen Weg wollen wir konsequent  
 900 weiterverfolgen und in Berlin eine Modellregion für die legale Abgabe von Cannabis  
 901 etablieren, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Genauso  
 902 unterstützen wir den Abbau bürokratischer Hürden von Anbauvereinen. Wer den Cannabis-  
 903 Schwarzmarkt vollständig austrocknen will, der muss ihn vollständig durch legale,  
 904 gesundheitlich abgesicherte, kontrollierte und sozialverträgliche Bezugswege ersetzen.

905 Für uns Bündnisgrüne ist klar: Eine zeitgemäße Drogenpolitik darf Risiken nicht verharmlosen  
 906 – aber auch niemanden zurücklassen. Sie braucht umsetzbare Regeln, starke Prävention,  
 907 ineinandergreifende Hilfsangebote und den Mut, pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

## 908 5.6. Gute Pflege – solidarisch und zukunftsfest

909 Wir Berliner\*innen leben immer länger – das ist ein Gewinn an Lebenszeit und Erfahrung. Auch  
 910 hier ist unser Grundsatz: Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen in jedem Alter  
 911 selbstbestimmt und in Würde leben können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder  
 912 Pflegebedarf. Dafür braucht es eine Stadt, die Teilhabe, Solidarität und Fürsorge  
 913 ermöglicht. In einem Landespflegegesetz wollen wir die Anforderungen dafür in der Pflege  
 914 rechtlich verankern.

915 Berlin steht vor einer wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen. Einrichtungen, ambulant,  
 916 teilstationär und stationär, stehen auch personell sehr unter Druck und Pflegeplätze sind  
 917 ungleich über die Stadt verteilt. Ambulante Dienste und Kurzzeitpflegeangebote gibt es zu  
 918 wenig, besonders in den Außenbezirken. An- und Zugehörige, die zu Hause pflegen, werden  
 919 nicht ausreichend unterstützt, pflegende Eltern oder Young Carers werden zu oft vergessen.  
 920 Auch die Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse reichen nicht aus, um den  
 921 Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken. Stationäre Einrichtungen sind zudem oft weder  
 922 barrierefrei noch auf den Klimawandel vorbereitet. Prävention und Gesundheitsförderung, vor  
 923 und nach dem Pflegeeintritt, sowie geschlechter- und diversitätssensible Pflegeangebote  
 924 werden bislang zu wenig gefördert und sind nicht flächendeckend etabliert.

### 925 Pflege am Menschen orientieren

926 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Berlin Zugang zu qualitativ  
 927 hochwertiger, bezahlbarer und menschenwürdiger Pflege haben – ambulant und stationär. Pflege  
 928 soll selbstbestimmt, wohnortnah, inklusiv und kultursensibel gestaltet sein. Pflege soll  
 929 Menschen dabei unterstützen, ihr gewohntes Leben auch bei Pflegebedarf weiterzuführen. Dafür  
 930 müssen Pflege und Teilhabe gut zusammenarbeiten. Pflege ist gelebte Solidarität – in  
 931 Familien, in der Nachbarschaft und im Zusammenspiel von professioneller und häuslicher  
 932 Pflege. Sie darf nicht aufgrund von Ökonomisierung und demografischer Entwicklungen als  
 933 Problem gesehen werden. Dafür brauchen Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung  
 934 und echte Mitbestimmung. Deshalb setzen wir uns weiter für die Einführung einer Pflegekammer  
 935 ein. Wir wissen: Ohne pflegende Angehörige würde unser Pflegesystem nicht funktionieren –  
 936 sie tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, oft neben Beruf, Familie oder Ausbildung. Deshalb  
 937 wollen wir Angehörige und ehrenamtlich Pflegende gezielt entlasten und unterstützen, aber  
 938 auch die Pflegebedürftigen selbst, indem wir Unterstützungsstrukturen verbessern und diese  
 939 auskömmlich finanzieren. Die Angebote der Berliner "Kontaktstellen PflegeEngagement",  
 940 Beratung wie „Pflege 4.0“ oder Hilfe durch „Pflege in Not“ wollen wir halten und  
 941 weiterentwickeln. Insbesondere soll ein Pflegenottelefon als niedrigschwelliges,  
 942 berlinweites Angebot eingeführt werden, das im akuten Pflegekrisenfall schnell, verlässlich

943 und kompetent unterstützt. Das Pflegenottelefon soll als zentrale Anlaufstelle fungieren,  
 944 die Ratsuchende unmittelbar berät, an passende Hilfsangebote weitervermittelt und bei Bedarf  
 945 kurzfristige Unterstützung organisiert. Wir wollen Berliner Schulen dafür sensibilisieren,  
 946 dass auch Kinder und Jugendliche Pflegeverantwortung übernehmen – oft für Eltern,  
 947 Geschwister oder Großeltern. Sie brauchen vermehrt Aufmerksamkeit, Verständnis und  
 948 Unterstützungsangebote.

949 Attraktive Pflegeberufe sichern

950 Pflegekräfte leisten jeden Tag Enormes – sie verdienen Anerkennung, Mitsprache und gute  
 951 Arbeitsbedingungen. Wir Grüne wollen den Pflegeberuf attraktiver machen, indem wir  
 952 tarifliche Bezahlung, verlässliche Arbeitszeiten und eine verbindliche Personalbemessung  
 953 sicherstellen. Wir werden die Infrastruktur für die Pflegeausbildung stärken: Die  
 954 verschiedenen Standorte des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe wollen wir an  
 955 einem Ausbildungscampus zusammenbringen, damit Pflegeassistent, Pflegefachberufe und  
 956 therapeutische Gesundheitsberufe wie Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie gemeinsam  
 957 ausgebildet werden. Das fördert interprofessionelle Zusammenarbeit von Beginn an und erhöht  
 958 die Qualität der Ausbildung. Es besteht ein hoher Fachkräftebedarf in vielen Branchen – so  
 959 auch in der Pflege. Trotz der steigenden Zahl aufgenommener Ausbildungen wird der Bedarf  
 960 nicht gedeckt werden. Aus diesem Grund gilt es umso mehr, die Fachkräfte in der Ausbildung  
 961 zu halten und neue für die Pflege zu gewinnen. Gute Arbeitsbedingungen sind dabei der  
 962 entscheidende Schlüssel zum Erfolg, den wir weiter stärken müssen. Ein multifaktorielles  
 963 Vorgehen ist hierbei wichtig. So müssen wir die akademische Ausbildung durch eine Anpassung  
 964 der Studienplätze stärken, die Ausbildungskapazität für Fachassistent ausbauen und uns auf  
 965 Bundesebene dafür einsetzen, dass die professionelle Pflege das tun darf, was sie kann, und  
 966 sich das auch in der Abrechnungsmöglichkeit widerspiegelt. Zudem stellt die Anwerbung von  
 967 Fachkräften aus dem Ausland einen Baustein zur Strategie einer ausreichenden  
 968 Fachkräfteabdeckung dar. Hierbei gilt es, sich an faire Anwerbestrukturen zu halten und die  
 969 Voraussetzungen für eine schnelle Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zu schaffen sowie  
 970 ausreichende Sprachangebote bereitzustellen. Daher setzen wir uns für das Siegel „Faire  
 971 Anwerbung in der Pflege“ ein. Die bestehenden digitalen Verfahren sollen weiter verbessert  
 972 und personell unteretzt werden. Ein Landespflegegesetz soll einen rechtlichen Rahmen  
 973 schaffen für Pflegeangebote des Landes und eine verbindliche Landespflegestrukturplanung,  
 974 die den tatsächlichen Bedarf ermitteln und dabei auch pflegende Angehörige als wichtige, oft  
 975 unzureichend vertretene Gruppe einbeziehen soll.

976 Um Pflegefachkräfte und Pflegeassistentenkräfte zu stärken, ist die Einführung einer  
 977 Pflegekammer unabdingbar. Sie gibt der Berufsgruppe endlich eine eigene, demokratisch  
 978 legitimierte Interessenvertretung. Die Pflegekammer entwickelt Fort- und  
 979 Weiterbildungsregularien, unterstützt die Bedarfsplanung, führt ein zentrales Register der  
 980 Mitglieder und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit – auch in  
 981 Krisen- oder Katastrophenfällen. Wir Bündnisgrüne werden den Aufbau einer Pflegekammer  
 982 fördern und ihre Wirksamkeit nach der Aufbauphase evaluieren. Ohne eine Pflegekammer bleibt  
 983 die Beteiligung der Pflegeberufe in Gremien auf Landesebene unzureichend – das wollen wir  
 984 ändern.

985 Pflegende Angehörige stärken und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur  
 986 ausbauen

987 Pflegende Angehörige, vor allem Frauen, bilden eine der tragenden Säulen in der häuslichen  
 988 Pflege. Nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein wollen wir pflegende Angehörige in die

989 Berliner Verfassung aufnehmen, um so ihre Rechte als immer größer werdende Gruppe in den  
990 Fokus zu nehmen. Wir stehen an ihrer Seite und wollen, dass sie Entlastung, Wertschätzung  
991 und Unterstützung erfahren. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre  
992 Leistungen besser würdigen. Pflegende Angehörige müssen zudem in die Pflegeplanung  
993 einbezogen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass eine Lohnersatzleistung  
994 für pflegende Angehörige kommt.

995 Wir Grüne wollen die niedrighschwellige und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur in allen Bezirken  
996 ausbauen – durch mehr Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze, flexible Entlastungsangebote  
997 und gezielte Beratung. Dabei wollen wir einen Pakt für die Pflege mit den Berliner  
998 Arbeitgeber\*innen schließen, denn Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss gesellschaftlicher  
999 Konsens sein. Pflegestützpunkte sollen als wohnortnahe Anlaufstellen flächendeckend  
1000 weiterentwickelt werden. Darunter verstehen wir auch den Ausbau von digitalen und  
1001 telefonischen Beratungen sowie der Hausbesuche. Ein zentrales Melderegister soll jederzeit  
1002 Auskunft über freie Pflegeplätze geben, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Mobile  
1003 Pflegedienste sollen klimafreundlich umgestellt und barrierefreie, klimaangepasste  
1004 Pflegeeinrichtungen gefördert werden.

1005 Pflegebedürftige sollen zügig Unterstützung erhalten, damit finanzielle Einschränkungen ihre  
1006 Versorgung nicht gefährden. Dafür fordern wir bei der Hilfe zur Pflege eine Optimierung der  
1007 Antragsprozesse, den Ausbau digitaler Verfahren und eine enge Verzahnung mit  
1008 Pflegestützpunkten, sodass Antragstellung, Beratung und Auszahlung zentral und transparent  
1009 erfolgen.

1010 Wir Bündnisgrüne wollen Community Health Nurses (CHNs) in Berlin als eine weitere Säule in  
1011 der Pflege einführen. Sie beraten zu Gesundheit und Pflege, führen Hausbesuche durch und  
1012 vernetzen Ärzt\*innen, Pflegestützpunkte, Sozialdienste und Nachbarschaftsinitiativen. CHNs  
1013 stärken Gesundheitskompetenz, fördern Lebensqualität und verbessern die Versorgung –  
1014 besonders für marginalisierte Gruppen kann eine neue Ausrichtung der Primärversorgung und  
1015 deren Zugänglichkeit eine große Verbesserung darstellen.

1016 Barrierefreien Wohnraum realisieren

1017 Damit Pflegebedürftige so lange wie möglich selbstständig zu Hause leben können, braucht  
1018 Berlin mehr barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen. Der Umbau von Bestandswohnungen  
1019 und der Neubau entsprechender Angebote müssen intensiviert werden. Präventive Ansätze in der  
1020 Pflege wollen wir stärker fördern, etwa das Programm zu gesundem Altern, Sturzprävention,  
1021 Ernährungsberatung und sozialer Teilhabe.

1022 Sichere Pflege für alle sicherstellen

1023 Berlin ist vielfältig – Pflege muss das widerspiegeln. Wir werden den Einsatz  
1024 Interkultureller Brückenbauer\*innen und das Angebot für LSBTIQ\*-sensible Beratung ausweiten.  
1025 Weiterbildungen zu diversitätssensibler Pflege sollen verpflichtend in der  
1026 Weiterbildungsordnung verankert werden.

1027 Gleichzeitig treten wir entschieden gegen Gewalt ein, die Pflegebedürftige sowie Pflegende  
1028 erfahren – häufig bedingt durch Überforderung, strukturelle Missstände oder  
1029 Machtungleichgewichte. Die Pflegebeauftragte des Landes soll nicht nur  
1030 Beschwerdemöglichkeiten sichern, Missstände aufdecken und Verbesserungen anstoßen, sondern  
1031 auch systematisch in alle landesgesetzlichen Prozesse einbezogen werden, die Pflege,  
1032 Pflegequalität oder Pflegestrukturen betreffen. Ihre Einbeziehung soll über die bloße

1033 Erstellung von Berichten hinausgehen und sicherstellen, dass fachliche Expertise und  
1034 Perspektiven von Pflegenden in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

## 1035 5.7. Selbstbestimmte Senior\*innen – sicher und 1036 beteiligt im Alter

1037 Wir leben immer länger – das ist eine positive Entwicklung! Ältere Menschen sind genauso  
1038 vielfältig wie unsere ganze Stadt. Wir Bündnisgrüne wollen Selbstbestimmung und  
1039 gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von partiell nachlassenden Fähigkeiten ermöglichen.

1040 Wir bauen Berlin schrittweise zur altersfreundlichen Stadt um, indem wir für mehr schattige  
1041 Plätze zum Verweilen, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr und gute sanitäre Anlagen  
1042 sorgen. Eine altersfreundliche Stadt ist gut für Menschen aller Altersgruppen, fördert  
1043 gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutz und schafft Orte der Begegnung für alle Menschen in der  
1044 Nachbarschaft.

1045 Statt ältere Menschen als lebendigen Teil der Gesellschaft zu sehen, prägen jedoch noch  
1046 immer stereotype Altersbilder, Vorurteile und Altersdiskriminierung den Alltag von  
1047 Senior\*innen. Das untergräbt Selbstvertrauen und schränkt die Möglichkeiten für ein  
1048 selbstbestimmtes Leben ein. Hinzu kommt die Altersarmut, von der ein Drittel der Berliner  
1049 Senior\*innen betroffen ist, sowie die in Berlin weit verbreitete Einsamkeit, die ältere  
1050 Menschen häufig trifft. Wertvolles Engagement und Mitwirkung gehen verloren, weil  
1051 Senior\*innen mit geringem Einkommen nicht ausreichend unterstützt und gesellschaftliche  
1052 Teilhabe viel zu häufig durch Barrieren verhindert werden. Wir wollen, dass Berlin ältere  
1053 Menschen darin stärkt, ihre Erfahrungen und ihre Kreativität einzubringen, und Mitbestimmung  
1054 ermöglicht. Wir wollen Barrieren abbauen, indem wir nicht nur Gehwege sicher gestalten,  
1055 sondern lebenslanges Lernen auch im Alter unterstützen und Zugänge zu Sozialleistungen  
1056 vereinfachen. So schaffen wir eine Stadt, in der Senior\*innen nicht mehr isoliert, sondern  
1057 selbstbestimmt mitten im Leben stehen.

1058 Im Alter Selbstbestimmung und Mitwirkung vorantreiben

1059 Wir Grüne wollen, dass Menschen das Älterwerden in Berlin vielfältig und aktiv erleben und  
1060 die Stadt gemeinsam mit allen Generationen gestalten können. Daher setzen wir uns für ein  
1061 positives Altersbild in allen amtlichen Veröffentlichungen ein. Wir stehen Menschen, die  
1062 Altersdiskriminierung erleben, zur Seite, indem wir das Berliner Antidiskriminierungsgesetz  
1063 bekannter machen und Betroffene unterstützen. In der Berliner Verwaltung schaffen wir durch  
1064 flexible Übergänge in die Pension, Teilzeitmodelle und altersgerechte Arbeitsbedingungen  
1065 gute Rahmenbedingungen für Menschen, die über die Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig sein  
1066 möchten. Langfristig wollen wir das lebenslange Lernen im Alter gezielt fördern, indem wir  
1067 Umschulungen für ältere Menschen etablieren und die Angebote zur digitalen Teilhabe  
1068 erweitern. Um den Digital Gender Gap und den Digital Age Gap zu schließen, adressieren wir  
1069 Frauen besonders. Für trans\*, inter\*, nicht-binäre und agender Personen brauchen wir eine  
1070 bessere Datengrundlage.

1071 Für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft wollen wir die Stimmen älterer Menschen in der  
1072 Politik stärken. Deshalb werden wir das Senior\*innen-Mitwirkungsgesetz weiterentwickeln und  
1073 Senior\*innenvertretungen durch verbindliche Vorgaben zu Beteiligung und Rederechten in den  
1074 Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) aufwerten und somit sichtbarer  
1075 machen. Gleichzeitig sorgen wir für eine angemessene finanzielle Ausgestaltung in Form von  
1076 Fahrtkostenerstattung und Aufwandsentschädigungen. Dabei setzen wir auf vielfältige



1077 Perspektiven: Mehr Senior\*innen mit Migrationsgeschichte und queere Senior\*innen wollen wir  
1078 für die Arbeit in Senior\*innenvertretungen gewinnen, die ihre Sichtweisen miteinbringen.

1079 Einsamkeit entschlossen bekämpfen

1080 Für uns ist klar: Kein Mensch darf im Alter durch Armut oder fehlende Unterstützung  
1081 ausgeschlossen und isoliert werden. Altersarmut und Einsamkeit, sind deshalb zentrale  
1082 Herausforderungen, denen wir entschlossen begegnen. Wir Grüne sorgen dafür, dass  
1083 Sozialleistungen ohne Scham und Hürden zugänglich werden. Dafür bauen wir die Sozialberatung  
1084 in allen Stadtteilen aus, bieten Informationsmaterial in unterschiedlichen Sprachen an und  
1085 sprechen Menschen proaktiv an, um über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zu  
1086 informieren. Kostenlose und kostengünstige Angebote bauen wir aus und stellen sicher, dass  
1087 Informationen dazu sowohl digital als auch analog leicht zugänglich sind.

1088 Wir schaffen Räume für Begegnungen durch generationenübergreifende Treffpunkte in allen  
1089 Bezirken und die Weiterentwicklung bestehender Begegnungsstätten. Teilhabe muss auch dann  
1090 möglich sein, wenn Menschen von körperlichen Behinderungen oder demenziellen Krankheiten  
1091 betroffen sind. Wir fördern den barrierefreien Umbau von Kulturstätten und etablieren  
1092 Begleitangebote für Senior\*innen, um die Teilnahme an kulturellen Angeboten für Menschen in  
1093 allen Lebenslagen zu ermöglichen. Projekte, die Begegnungen älterer Menschen  
1094 unterschiedlicher Kulturen unterstützen, wollen wir stärken und bekannter machen. Darüber  
1095 hinaus starten wir das Pilotprojekt „Älter werden unterm Regenbogen“ nach Hamburger Vorbild,  
1096 um Verantwortliche für die Bedürfnisse queerer Senior\*innen zu sensibilisieren und mit der  
1097 queeren Community zu vernetzen. Wir begrüßen es, dass nach langem politischem Kampf und  
1098 erheblichen praktischen Herausforderungen nun endlich auch ein Wohnprojekt für lesbische  
1099 Frauen realisiert werden konnte. Wir unterstützen auch weiterhin, dass queere  
1100 Mehrgenerationenprojekte als Safer Spaces eingerichtet werden.

1101 Berlin zur altersfreundlichen Stadt machen

1102 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Teil des WHO-Netzwerks „Altersfreundliche Städte und  
1103 Gemeinden“ wird, um von internationalen Vorbildern zu lernen und gleichzeitig sichtbar zu  
1104 machen, was wir auf dem Weg dorthin bereits erreicht haben. Unser Ziel ist eine Stadt, die  
1105 auch im Alltag auf der Straße für ältere Menschen da ist – mit ausreichend  
1106 Trinkwasserbrunnen und schattigen Sitzbänken für heiße Tage sowie guten öffentlichen  
1107 Toiletten in allen Kiezen. Darüber hinaus etablieren wir das Konzept der „Netten Toilette“  
1108 berlinweit, um auch sanitäre Anlagen in Restaurants, Cafés und Geschäften für Menschen  
1109 kostenlos nutzbar zu machen. So gestalten wir eine Stadt, in der öffentliche Plätze, Straßen  
1110 und Fußgänger\*innenzonen sichere Orte zum Verweilen werden, nicht nur für Ältere, sondern  
1111 auch für Kinder, Jugendliche und Familien.

1112 Wohnen ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Gerade für Ältere ist es daher  
1113 wichtig, barrierefreies Wohnen zu ermöglichen und dort zu erhalten, wo es bereits existiert.  
1114 Deshalb machen wir die Beratung zur altersgerechten Wohnraumanpassung bekannter und schaffen  
1115 die Rückbauverpflichtung nach einem Auszug ab. Wir unterstützen kreative und  
1116 gemeinschaftliche Wohnformen, die Vereinsamung vorbeugen, gegenseitige Hilfe und  
1117 Zusammenarbeit fördern und trotzdem Individualität bewahren.

1118 Eine altersgerechte Stadt bedeutet auch, dass Menschen sich bis ins hohe Alter frei in der  
1119 gesamten Stadt bewegen können. Die Nutzung von Bus und Bahn muss auch für ältere Menschen  
1120 mit kleiner Rente möglich sein. Deshalb setzen wir uns für ein einkommensabhängiges,  
1121 ermäßigtes Deutschlandticket ein und schaffen so neue Möglichkeiten, unabhängig unterwegs zu

1122 sein. Gleichzeitig bauen wir Berlin zur Stadt der kurzen Wege um: Wohnortnahe Versorgung,  
1123 barrierefreie Gehwege, grüne Plätze und Räume zum Schutz vor Hitze sorgen dafür, dass  
1124 Menschen unabhängig vom Alter sicher und entspannt unterwegs sein können. Außerdem fördern  
1125 wir das Projekt der Plauderbänke in den Bezirken, um auch kurze Pausen am Wegesrand zu  
1126 ermöglichen. So wird Berlin zu einer altersfreundlichen Stadt, die Mobilität, Teilhabe und  
1127 Lebensfreude für alle Generationen gewährleistet.

## 1128 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 5)

1129 Kitagutschein automatisch zum ersten Geburtstag

1130 Wir Grüne schaffen niedrigschwelligen und frühen Zugang zur Kita: Alle Familien in Berlin  
1131 sollen zum ersten Geburtstag ihrer Kinder automatisch einen Kitagutschein mit einem  
1132 erklärenden Begleitheft in mehreren Sprachen erhalten. Ein beiliegender QR-Code zu  
1133 wohnortnahen Kitas sowie Terminslots bei einem Familienservicebüro in der Nähe zur  
1134 Kitaplatzvermittlung und Beratung unterstützen darüber hinaus dabei, den Zugang zu guter  
1135 frühkindlicher Bildung für alle Familien in Berlin zu vereinfachen.

1136 Längeres gemeinsames Lernen für weniger Schulstress – Zahl der  
1137 Gemeinschaftsschulen verdoppeln

1138 Gemeinschaftsschulen sind die Schulen der Zukunft. Wir Grüne wollen ihre Zahl in Berlin  
1139 verdoppeln. Dabei setzen wir gezielt auf den Campusgedanken: Bestehende Grund- und  
1140 Oberschulen sollen die Möglichkeit erhalten, gemeinsam zur Gemeinschaftsschule zu werden. So  
1141 können Kinder vom ersten bis zum letzten Schuljahr gemeinsam lernen.

1142 Dieses Modell berücksichtigt nicht nur, dass Schüler\*innen in Gemeinschaftsschulen  
1143 nachweislich bessere Leistungen erzielen, wie zahlreiche internationale Studien zeigen,  
1144 sondern reduziert auch den Stress des Übergangs von der Grund- zur Oberschule erheblich. Wer  
1145 eine Gemeinschaftsschule besucht, kann seine gesamte Schullaufbahn an einem Ort verbringen.  
1146 Alle Gemeinschaftsschulen erhalten dafür eine gymnasiale Oberstufe und zusätzliche  
1147 Unterstützungsmittel, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Auch beim Neubau von  
1148 Schulen setzen wir wo möglich auf Gemeinschaftsschulen.

1149 Integrierte Gesundheitszentren in allen Bezirken – ein wichtiger  
1150 Schritt zur altersfreundlichen Stadt

1151 Wir Grüne wollen in jedem Bezirk integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die  
1152 niedrigschwellig und bedarfsorientiert ärztliche, therapeutische, psychosoziale und  
1153 präventive Angebote unter einem Dach vereinen – so haben alle kurze Wege und die  
1154 gesundheitliche Versorgung an einem Ort. Besonders für ältere Menschen ist das eine enorme  
1155 Erleichterung. Dazu gehören aber auch Hebammenversorgung, Suchthilfe, Apotheken,  
1156 Sprachmittlung und Sozialberatung. Diese Zentren sollen verbindlich in Gesundheitsregionen  
1157 eingebunden sein und multiprofessionelle Teams beschäftigen, damit Versorgungslücken  
1158 geschlossen und Angebote vor Ort besser vernetzt und gesundheitliche und soziale  
1159 Ungleichheiten abgebaut werden. Für uns ist klar: Alle Berliner\*innen haben ein Recht auf  
1160 Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung und auf ein gesundes Leben